Mittwoch, 25. Januar 1922. Einzelnummer 15 Mark. 61. Jahrgang. Nr. 20.

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis M.
in der Geschäftsstelle 250.—
in den Ausgabestellen 260.—
durch Zeitungsboten 300.—
am Postamt . . . . . 275.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4246, 2273, 3110, 3249.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Anzeigenpreis f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . . 40.— M
Reklameteil 120.— M
Für Aufträge aus Deutschland . 3.50 M
im Reklameteil 10.— M
in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau. Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań

Die deutschen Schulen in Oberschlesien.

Bei den Verhandlungen über die Zukunft der Deutschen in dem an Polen fallenden Gebiet Oberschlesiens spielt die Frage der Erhaltung des deutschen Schulwesens eine besonders große Rolle, wie sich auch bei dem Empfange der deutschen Vertreter durch Herrn Calonder in Beuthen und Königshütte gezeigt hat: sämtliche Redner bezeichneten den Fortbestand des deutschen Schulwesens als die Vorbedingung für das Verbleiben und die Lebensmöglichkeit der Deutschen im abzutretenden Gebiet.

Jetzt beschäftigt sich auch die polnische Presse Oberschlesiens mit dieser Frage. Der „Sztandar Polski" gibt in seiner Nr. 14 vom 18 Januar die Berechtigung des deutschen Standpunktes zu, indem er schreibt:

„Die Forderungen der Deutschen sind sehr weitgehend, besonders was die Schulen anbelangt; die Deutschen verlangen, daß die deutschen Schulen in Polnisch-Oberschlesien weiter bestehen bleiben und höchstens zweisprachige Schulen gegründet werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die deutschen Forderungen in Polnisch-Oberschlesien berücksichtigt werden. Wir haben in Polen schon heute gegen 400 deutsche Schulen. Polen denkt gar nicht daran, diese Schulen zu schließen. Die bekannte polnische Toleranz wird den Deutschen erlauben, eigene Schulen zu gründen, und der polnische Staat setzt sogar Fonds aus zum Unterhalt der deutschen Schulen."

Dazu schreibt die „Kattowitzer Ztg." in ihrer Nr. 19

„Wenn es so kommt, wie der „Sztandar Polski" sagt, wollen wir gewiß zufrieden sein; das Blatt erkennt mit seinen Ausführungen die Berechtigung der deutschen Forderung an. Aber auf die „bekannte" polnische Toleranz wollen wir uns dabei lieber nicht verlassen. Diese Toleranz ist nämlich allerdings bekannt; aber immerhin nur sozusagen sagenhaft; sie ist eigentlich keine Toleranz, sondern eine Intoleranz. Wenigstens hat sie sich als solche in dem abgetretenen Gebiet, in den ehemaligen Provinzen Posen und Westpreußen, erwiesen, wo die Politik der polnischen Regierung auf Ausrottung des Deutschtuens abzielt. Im Schulwesen ist Polen durch den Minderheitenschutzvertrag festgelegt; es hat seine Bestimmungen und die eigenen Ausführungsverordnungen, die die polnische Regierung dazu erlassen hat, zu umgehen gesucht durch eine höchst sinnreiche Schulgeometrie, die deutsche Schulgemeinden auf dem Land auseinanderreißt und dadurch künstlich die Zahl der deutschen Schulkinder einer Gemeinde unter die in den Ausführungsverordnungen für die Einrichtung deutscher Schulklassen festgesetzte Mindestzahl herunterschraubt. So sucht sich die polnische Regierung ihrer Verpflichtung der Unterhaltung deutscher Schulen zu entziehen. Wenn sie diese Praxis in Oberschlesien nicht verfolgt, soll es uns Deutschen gewiß recht sein. Aber auf Versprechungen allein können wir uns nicht verlassen. Und deshalb wünschen wir die vertragliche genau umschriebene Festlegung Polens auf die einschlägigen Bestimmungen des Minderheitenschutzvertrages, der in Artikel 9 bestimmt, daß in Gegenden mit „beträchtlichen" deutschen Minderheiten öffentliche Gelder zur Unterhaltung öffentlicher deutscher Volksschulen bereitgestellt werden müssen. Den Begriff der „beträchtlichen" Minderheit hat eine Verordnung dann dahin festgelegt, daß mindestens 40 deutsche Schulkinder vorhanden sein müßten, wenn für den Staat die Verpflichtung zur Einrichtung deutscher Schulklassen oder Schulen vorliegen sollte. Es muß verhindert werden, daß Polen in Oberschlesien ebenso wie es in Posen und Pommerellen geschehen ist und immer noch geschieht, diese Verpflichtung durch ihre Schulgeometrie ausschaltet.

Aber selbst wenn diese Politik, die in den abgetretenen Gebieten das deutsche Schulwesen durch rücksichtslose Polonisierung zum großen Teil vernichtet und die Schulversorgung deutscher Kinder ungeheuer erschwert, zum Teil unmöglich gemacht hat, in Oberschlesien nicht verfolgt werden sollte, muß vorgesorgt werden. Das ist geschehen durch Gründung der deutschen Schulvereine, die als Träger auch des deutschen Volksschulwesens aufzutreten haben werden in dem Augenblick, in dem an irgendeinem Ort eine staatliche oder städtische deutsche Volksschule nicht mehr unterhalten wird. Es werden dann Privatschulen eingerichtet. Die Hauptaufgabe der deutschen Schulvereine ist aber die Pflege des mittleren und höheren deutschen Schulwesens, da ja für den Fortbestand des Volksschulwesens eine gewisse Sicherheit durch den Minderheitenschutzvertrag geschaffen ist, dessen Bestimmungen dem Deutschtum einen großen Teil der Lasten des Volksschulwesens abnehmen. Der Vertrag sieht aber eine Verpflichtung des Staates zur Unterhaltung mittlerer und höherer deutscher Schulen nicht vor. Hier ist das Deutschtum auf Einrichtung von Privatschulen angewiesen, für die zwar nach Artikel 9 des Minderheitenschutzvertrages ein anteilmäßiger Betrag der öffentlichen Erziehungsgelder ausgesetzt werden muß — praktische Folgen hat diese Bestimmung bisher im abgetretenen Gebiet nicht gehabt —, die aber fast ganz aus eigenen Mitteln des Deutschtums erhalten werden müssen. Zur Gründung, Leitung und Beaufsichtigung solcher Privatschulen sind die Deutschen nach Artikel 8 des Minderheitenschutzvertrages ausdrücklich berechtigt. Sie können nur gegründet und erhalten werden, wenn ihre Träger, das Lehrpersonal, Lehrmittel und nicht zuletzt die nötigen Gebäude vorhanden sind. Zwar rechnen wir auch beim höheren Schulwesen damit, daß es nicht sofort und nicht im ganzen Umfang polonisiert, vielleicht sogar in gewissen Grenzen dauernd von Staats wegen weiter erhalten wird. Aber schon die Einsetzung polnischer Lehrer — damit hat in Posen die Polonisierung begonnen — macht meist eigene Vorsorge des Deutschtums nötig. Mit dieser Vorsorge haben die Schulvereine bereits begonnen; so ist für beide Arten von Schulen die Erhaltung der deutschen Lehrkräfte für die Privatschulen, deren Gründung sich als notwendig erweisen sollte, bereits jetzt in weitem Maß gesichert. Diese Arbeit hat der Deutsch-oberschlesische Volksbund zur Wahrung der Minderheitsrechte durch seine Schulabteilung und durch die Schulvereine im weiten Umfang durchführen lassen, und dazu ist ein gutes Stück anderer notwendiger Arbeit für das deutsche Schulwesen geleistet."

Die „Kattowitzer Ztg." kommt dann auf eine Äußerung des „Sztandar Polski" über zweisprachige Schulen und schreibt am Schluß ihrer Ausführungen über die deutsche Schule in Oberschlesien:

„Wenn der „Sztandar Polski" unter zweisprachigen Schulen, deren Einführung er als eine deutsche Forderung bezeichnet, solche versteht, in denen Deutsch und Polnisch gelehrt wird, so wollen wir nicht widersprechen. Aber die Bezeichnung ist falsch; zweisprachige Schulen sind nach dem Sprachgebrauch solche, in denen der ganze Unterricht in zwei Sprachen erteilt wird, in denen also die Unterrichtssprache deutsch und polnisch ist. Solche Schulen wollen wir natürlich nicht haben. Wir wollen Schulen, in denen die Unterrichtssprache die deutsche ist, in denen also der Unterricht in allen Fächern in deutscher Sprache erteilt wird. Das sind deutsche Schulen.

Voraussetzung für die gedeihliche weitere Entwicklung des deutschen Schulwesens im polnischen Teil Oberschlesiens ist, daß den Erziehungsberechtigten, also die Eltern, allein das Recht der Bestimmung zusteht, welche Schulen ihre Kinder besuchen sollen. Das ist auch im Königshütter Rathaus nachdrücklich betont worden. Die polnische Regierung darf nicht das Recht haben, die Zweisprachigen zu Polen zu stempeln und ihre Kinder den polnischen Schulen zuzuweisen. Darauf scheint die polnische Regierung hinaus zu wollen. Sie darf aber auch nicht das Recht haben die Entscheidung darüber, welche Schule ein Kind besuchen soll, von einer Erklärung der Eltern über ihre Nationalität abhängig zu machen. Sogenannte „Schulkataster", mit denen in Kongreßpolen gearbeitet worden ist und die als Druckmittel und als Veranlassung zu peinlichen Befragungen und anderen noch schlimmeren Dingen benutzt worden sind, darf es in Oberschlesien nicht geben. Die Eltern müssen ohne jede Erklärung und ohne jeden Zwang die Schulen für ihre Kinder bestimmen können."

Die Verfassung Kowno-Litauens.

Die „Wolna-Litwa" veröffentlicht das Projekt der Konstitution des litauischen Staates, welcher durch die Kommission des gesetzgebenden Sejms angenommen wurde. Dieser Entwurf wird in der nächsten Zeit vor dem Plenum des Sejms zur Beratung kommen. Das vorläufige Projekt bespricht nicht die Frage der Nationalitäten, weil die Kommission, welche die Konstitution bearbeitete, mit dieser Frage nicht zum Ende gelangt ist. Nach § 1 und Art. 1 der litauischen Konstitution ist der litauische Staat eine demokratische Republik. Die souveräne Macht in Litauen gehört allen Bürgern, die sie durch die in der Konstitution bezeichneten Mittel ausüben. Die Staatsgewalt wird dargestellt durch Sejm, Regierung und Gericht. Die Staatsgrenzen können nur auf gesetzlichem Wege geändert oder ausgeglichen werden. Die Verwaltungsteilung des litauischen Gebietes wird durch ein besonders Gesetz geregelt. Einzelne Bezirke Litauens können mit Rücksicht auf die Interessen der örtlichen Bevölkerung autonomische Einheiten bilden, deren Grenzen und Rechte die Gesetzgebung vorschreibt. Die Staatsfarben sind: gelb-grün-rot. Das Staatswappen stellt einen weißen Ritter auf rotem Felde dar. Das Bürgerrecht kann erworben, sowie verloren werden nach dem Gesetze über die Staatsangehörigkeit. Ein Bürger eines fremden Staates kann die litauische Staatsangehörigkeit erwerben, wenn er in Litauen mindestens 3 Jahre gewohnt hat. Niemand kann gleichzeitig Bürger Litauens und Bürger irgend eines anderen Staates sein. Alle Bürger Litauens (Männer wie Frauen) sind vor dem Gesetze gleich. Niemand darf irgend welche Vorrechte genießen, aber auch keiner Beschränkung auf Grund seiner Herkunft, seines Glaubens und seiner Nationalität unterliegen. Titel und Würden und Standesunterschiede hören auf. Charakteristisch ist der Absatz, welcher von der Teilnahme der Bürger an der Sejmgesetzgebung handelt. Die Bürger Litauens haben das Recht der Gesetzgebungsinitiative. 25 000 Bürger, welche das Wahlrecht haben, können dem Sejm einen Gesetzentwurf vorlegen, den der Sejm berücksichtigen muß.

Agrarreform und Kirchengüter.

Wilna, 23. Januar. Im Kownoer Sejm kam es während der Annahme der Agrarreform in dritter Lesung zu stürmischen Szenen. Weil sich die Mehrheit der Annahme des Artikels über die Enteignung der Kirchengüter widersetzte, verließ die Linke den Saal. Die Enteignung der Kirchengüter wurde angenommen und den Eigentümern ein Maximum von 80 Hektar belassen. Alle Wälder wurden verstaatlicht. Das Gesetz sieht den Verkauf der enteigneten Güter vor, welche den Zwecken der Agrarreform nicht entsprechen. Die hieraus erzielten Gelder werden zur Verwirklichung der Agrarreform verwandt. Das Recht des Bodenankaufs haben auch Ausländer.

Neue Departements.

Das **Handelsmarinedepartement**, welches die bisher zum Kriegsministerium gehörigen, die Handelsmarine betreffenden Arbeiten übernimmt, wird sich aus zwei Abteilungen zusammensetzen: Schiffahrts- und Hafenabteilung. Die Schiffahrtsabteilung wird folgende Angelegenheiten erledigen: Die Schiffahrt und Organisation der Handelsflotte; die mit der Organisation verbundenen Forschungen und Studien und die Wirtschaftsauskünfte, die für die Arbeiten innerhalb der Handelsmarine notwendig sind. Die Hafenabteilung wird folgende Angelegenheiten zu erledigen haben: Verwaltung des Meerbusens, Organisation der Leitung der Hafenämter und die Aufsicht über deren Tätigkeit; Angelegenheiten, welche die Organisation und den Bau einer Nationalflotte, das Personal und die Ausbildung betreffen; den Hafenbau, die Fragen der Aufsicht, der Instandhaltung und Ausnutzung der Häfen.

Das **Departement für oberschlesische Angelegenheiten**, welches vorübergehenden Charakter haben, und dessen Aufgabe es sein wird, ohne bedeutende Störungen eine Anpassung des Wirtschaftslebens Oberschlesiens an das der Republik Polen zu ermöglichen, wird über alle Fragen grundsätzlichen Charakters, welche Oberschlesien betreffen und in den Bereich der Tätigkeit des Ministeriums für Handel und Gewerbe fallen, seine Meinung äußern. Dann gehören zum Tätigkeitsbereich des neuen Departements alle Angelegenheiten, welche mit der Aufsicht über die Hüttenwerks- und Handelsbehörden im Zusammenhang stehen, gleichzeitig mit der Erledigung der Beschwerdeschriften gegen die Anordnungen der erwähnten Behörden in der schlesischen Wojewodschaft; schließlich Angelegenheiten, welche gemäß der in der schlesischen Wojewodschaft verpflichtenden Gesetze zum Ressort des Ministeriums für Handel und Gewerbe gehören, mit Ausnahme der Post und der Telegraphie.

Russische Mauserung?

Die Verhältnisse in Sowjetrußland scheinen sich nachgerade doch, allerdings ganz entgegengesetzt den Strömungen, die dieses eigenartige staatliche Gebilde einst aus der Tiefe emporgehoben haben, zu festigen. Gepanzert mit dem Rüstzeug einer straff organisierten Armee, die auch einem ausgesprochen imperialistisch-kapitalistischen Staate keine Schande machen würde, auf wirtschaftlichem Gebiete nach bitterbösen Erfahrungen bestrebt, auch das Privatkapital wieder in die Ketten des Wirtschaftsprozesses einzufügen, bereit, die vom früheren Regime im Auslande gemachten Schulden bis zu einer gewissen Grenze anzuerkennen und auch abzutragen, steht die Sowjetrepublik heute als etwas ganz anderes da, als sich ihre radikalen Väter erträumt hatten. Vor einigen Tagen ist Herr Krestinski, der moskowitische Geschäftsträger in Berlin, aus Moskau in die deutsche Reichshauptstadt zurückgekehrt und hatte Besprechungen mit Reichskanzler Dr. Wirth. Krestinski hat von seiner Regierung Vorschläge für den weiteren Ausbau der diplomatischen und handelstechnischen Verbindung zwischen Sowjetrußland und Deutschland nach Berlin mitbekommen. Es ist kaum ein Jahr verstrichen, als auf einem der vielen Rätekongresse in Moskau Herr Tschitscherin aller Welt kund und zu wissen gab, daß die Sowjetrepublik ihren Aufstieg ohne jede fremde Hilfe und ohne jeden fremden Rat bewerkstelligen könne und wolle, und daß von ihr aus keinerlei Schritte unternommen werden würden, die Beziehungen zu irgendwelchem ausländischen Staate zu verengern und zu vertiefen. Der Hunger ist der beste Lehrmeister, und nicht die letzten Gründe für die politische Mauserung der Sowjetmachthaber kommen aus dem Gouvernement Samara, wo Tausende von Menschen im letzten Verteljahre wie die Fliegen Hungers gestorben sind. Dieselbe Erkenntnis, die im englischen Wirtschafts- und Regierungskreisen obwaltete, als man sich entschloß, das ungeheure russische Wirtschaftsbecken für die Weltwirtschaft wieder fruchtbar zu machen und eine Gesellschaft der Staaten zum Wiederaufbau Rußlands ins Leben zu rufen, hat auch in Rußland selbst jetzt Platz gegriffen, und die Herrschaften in Moskau haben einsehen gelernt, daß sie auf Gedeih und Verderb auf die Mitarbeiterschaft der übrigen europäischen Staaten unbedingt angewiesen sind. Daher auch die Annahme der für die Russen sehr überraschend gekommenen Einladung zur großen Konferenz in Genua, die man vor wenigen Monaten noch als eine dreiste Zumutung der europäischen Mächte hohnlachend zurückgewiesen hätte.

Die Konferenz von Genua.

Poincaré und Bonomi.

Rom, 23. Januar. Der Meinungsaustausch zwischen Bonomi und Poincaré bestätigte, daß zwischen den Ansichten der italienischen Regierung und dem Standpunkt des neuen französischen Kabinetts keine wirklichen Meinungsverschiedenheiten bestehen. Die Hauptlinien der bisherigen italienischen Politik werden aller Wahrscheinlichkeit nach auch weiter beibehalten werden. Die Italiener interessieren sich sehr lebhaft für die Konferenz in Genua und wünschen zugleich eine enge Zusammenarbeit mit Frankreich und England.

Polen in Genua.

Warschau, 23. Januar. Im Auslandsministerium haben die Vorbereitungsarbeiten für die Konferenz in Genua begonnen. Den Vorsitz der polnischen Telegation wird der Minister Skirmunt führen. Von den Ministern nehmen noch Michalski und Straßburger daran teil.

Amerika, Rußland und Genua.

London, 22. Januar. Die „Times" vernehmen aus Neuyork: Die amerikanische Presse widmet der Erklärung Trotzkis, daß die Konferenz von Genua ohne Amerikas Teilnahme ein Fiasko sein werde, große Aufmerksamkeit. Abgesehen jedoch von der russischen Frage wird nichtsdestoweniger die amerikanische Regierung zur Teilnahme an dieser Konferenz, der die amerikanischen Bankiers, Industriellen und Schiffsreeder großes Interesse entgegenbringen kräftig angespornt. Wie verlautet, haben die beiden türkischen Regierungen von Konstantinopel und Angora die Absicht, falls sie keine Einladung zur Konferenz von Genua erhalten, dagegen zu protestieren. Die italienische Regierung ist der Ansicht, daß man die Türkei nicht ausschließen könne, weil der Handel und die Wiederherstellung normaler Wirtschaftsbeziehungen augenblicklich wichtig seien und nicht nur der Regelung zweier Fragen überlassen werden dürften.

Amerikas Teilnahme.

Paris, 23. Januar. „New York Herald" berichtet aus Washington, daß Harding und Hughes in Verbindung mit der Entschließung über die Teilnahme an der Konferenz in Genua einen eingehenden Bericht des Botschafters Hervey erwarten. Dieser sandte schon eine ausführliche Denkschrift über die Verhandlungen ab die der Konferenz in Genua vorausgegangen sind. Die Vereinigten Staaten wünschen sich jedoch genau über die Angelegenheiten zu informieren, die nicht auf der Tagesordnung der Konferenz stehen werden. Die Zeitungen bemerken, daß die Vereinigten Staaten geneigt seien, die Einladung anzunehmen, wenn die weitere Entwicklung der Vorfälle keine Änderungen bewirkt. Man könne die offizielle Annahme der Einladung dann erwarten, wenn die Beratungen der Abrüstungskonferenz sich ihrem Ende nähern werden, dieses dürfte in etwa 14 Tagen erfolgen. Die Zeitung erfährt aus gut informierter Quelle, daß Hoover und Melleton die bedingte Annahme der Einladung empfehlen. Beide sind im Besitz eines vertraulichen Berichtes Harveys, dessen Ansicht nach Äußerung der Zeitung große Bedeutung in dieser Angelegenheit haben wird. In offiziellen Kreisen nimmt man dagegen an, daß der Bericht des Botschafters Herrik aus Paris maßgebend für die Entscheidung sein wird.

Die Einladung Bulgariens.

Sofia, 23. Januar. Die bulgarische Regierung hat durch Vermittlung des italienischen Gesandten eine Einladung auf die Konferenz in Genua erhalten. Vertreter der bulgarischen Regierung werden sein: Ministerpräsident Stambulinski, Finanzminister Turlakoff, der Direktor der Abteilung für öffentliche Schulden und der Direktor des statistischen Amtes.

Lloyd George über die Wirtschaftslage der Welt.

Lloyd George hat am Sonntag in Westminster auf der Konferenz der nationalen liberalen Partei eine Rede gehalten, die seit langem erwartet wurde. Nach der Besprechung der innerpolitischen Lage und insbesondere der irischen Frage sagte Lloyd George:

Wie ist die Weltlage im gegenwärtigen Augenblick? Die Erschütterungen und Schrecknisse des Krieges haben wir hinter uns, aber die Welt befindet sich in einer schlimmeren Lage denn je. In unserm Staate haben wir 2 Millionen Arbeitslose, in den Vereinigten Staaten ist ihre Zahl noch größer. Warum? Weil, wenn sich auch auf der Welt ein großer Warenmangel fühlbar macht, diese doch in geringem Maße begehrt werden. Und das liegt daran, daß Kreditoperationen **ohne jegliches Vertrauen unmöglich sind.** Die Aufgabe, vor der Großbritannien und die ganze Welt steht, kann in einen Satz gefaßt werden: **Notwendig ist die Wiederherstellung des internationalen Vertrauens.** (Beifall.) Ohne Kredit gibt es keinen Handel, ohne Handel keine Arbeit. Die Lasten sind nicht zu ertragen und der Bankerott wird unvermeidlich, wenn nicht eine entsprechende internationale Aktion eingeleitet werden wird. Meine Freunde fragten mich manchmal, warum ich soviel Zeit für die internationalen Angelegenheiten und nicht für die Frage der Innenpolitik verwende. Meine Antwort auf diese Frage ist folgende: Solange der Weltfrieden wieder nicht hergestellt ist, werden wir die am meisten geschädigte Nation der Welt sein. (Beifall.) Wir wollen auf unsere Standarte die Inschrift heften: „Friede den Menschen, die guten Willens sind!"

In den Staaten Europas haben wir es mit alten Vorurteilen zu tun. Es besteht dort der alte Haß, die alte Rivalität, die alten Streitfälle, und Mangel an Vertrauen. Wenn wir beginnen werden, uns eingehend mit den europäischen Aufgaben zu beschäftigen, dann werden wir erkennen, daß diese große Arbeit und Geduld erfordern. Die Männer, welche glauben, daß Europa im Verlaufe von zwei oder drei Jahren gesunden könne, sind schlecht über die tatsächliche Sachlage informiert oder auch sie führen das Publikum in die Irre. Die Vorfälle in Frankreich haben gezeigt, wie vorsichtig man im Angesichte des herrschenden Mißtrauens vorgehen müsse. Es gibt nur einen gangbaren Weg, der darauf hinzielt, daß die Völker sich vom Verstande und von nichts anderem leiten lassen. Dieses Ziel läßt sich einzig nur durch ständige Konferenzen und Aussprachen erreichen. Wenn im Juli 1914 eine Konferenz stattgefunden hätte, so wäre es im August des genannten Jahres nicht zur Katastrophe gekommen. **Jede Konferenz ist eine Sprosse der Leiter, die zum Frieden führt!** (Beifall.) Es gibt Menschen, welche verkünden, daß die Konferenzen unnötig seien und daß sie keine Existenzberechtigung haben. Diesem muß man offen widersprechen. Ich glaube stark, daß der gesunde Menschenverstand zuletzt doch das Übergewicht gewinnen wird. Die Männer, welche die Konferenzen hassen, sind Männer, die der Wirklichkeit ungern ins Auge blicken.

In Genua soll gegenwärtig eine Konferenz stattfinden, die in vieler Hinsicht die größte internationale Konferenz sein wird, welche jemals abgehalten wurde. An einem gewissen Tage könnten wir hören, daß **Rußland rüstet,** um Polen anzugreifen, daß Polen einen Aufstand in der Ukraine organisiert, daß Rußland Rumänien angreift oder auch daß Finnland Rußland angreifen will, daß die Staaten, die früher zur ehemaligen habsburgischen Monarchie gehörten, irgendeinen ihrer Nachbarn angreifen usw. Wir aber wollen es dazu bringen, daß die genannten Staaten sich frei ins Auge blicken können und schauen, ob eine Möglichkeit zur Verständigung besteht. Die Gegner der Konferenz sagen: Fast 45 Nationen, 1000 wirtschaftliche und finanzielle Sachverständige; ist dieses notwendig! Dies ist doch immer noch billiger als die Konferenz der militärischen Sachverständigen. Wir haben gerade eine solche internationale Konferenz beendet. Sie dauerte 4½ Jahre. Schreckliche 4½ Jahre. An dieser Konferenz nahmen 80 Millionen Menschen teil. An der Stelle, wo diese Konferenz stattfand, verblieben 10 Millionen Leichen junger Leute, und die zweiten 10 Millionen kehrten verwundet heim. Die Ausgaben dieser Konferenz betrugen 50 Millionen Pfund Sterling. Jetzt müssen die Völker eine andere Konferenz abhalten. (Beifall.)

Lloyd **George** geht dann auf die Reparationen über. Meine Ansicht ist, sagt er, daß man Deutschland nicht gestatten darf, sich seiner Zahlungsverpflichtungen zu entziehen, denn es hat die Schäden absichtlich verursacht. Es ist so, wie in einem Zivilprozeß, wo der, der den Schaden angerichtet hat, ihn auch ersetzen muß. Deutschland kann zahlen. Es leidet zweifellos auch unter der Revolutionierung des internationalen Handels. Neben England war Deutschland im Frieden das Land, das am meisten vom Handel abhing. Die Sachverständigen in **Cannes** hatten bereits eine **Lösung** ausgearbeitet, die meiner Ansicht nach **befriedigend** war und die auch Deutschland angenommen hätte. Sie wurde vorläufig, da die Konferenz aufgelöst wurde, gutgeheißen. Ich bin sicher, daß ein solches Abkommen noch zustande kommen wird, wenn nicht irgendein **Narrenstreich** dazwischen kommt. Aber es muß schnell gehandelt werden, damit Europa weiß, woran es ist. Zum Schluß gab Lloyd George seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Klassengegensätze in Großbritannien zu überbrücken sein werden, und daß im Interesse des Friedens eine Einigung der Parteien zustande kommen wird.

Lloyd George hat eineinhalb Stunden gesprochen. Am Schluß seiner Rede gab es endlosen Beifall. Die Gründung der nationalen Liberalen Partei hat durch die Erklärungen des Premierministers einen glänzenden Abschluß gefunden.

Kein Rücktritt Lloyd Georges.

London 23. Januar. Trotz offiziellen Dementis durch die „**Times**" sind in politischen Kreisen wiederum Gerüchte von einer angeblichen Absicht **Lloyd Georges**, zurückzutreten verbreitet gewesen. Diese Gerüchte **entbehren jeder Grundlage. Lloyd George** hat nicht im geringsten die Absicht zu demissionieren. Er droht vielmehr mit Auflösung des Kabinetts.

Der englisch-französische Garantievertrag.

London, 22. Januar. Der Korrespondent des „Daily Telegraph" berichtet von einigen Änderungen, welche in dem Poincaré vorgelegten **französisch-englischen Garantievertrage** vorgenommen worden sind, und schreibt folgendes: Unerledigt ist noch u. a. die Frage der **Dauer** des Vertrages. England gewährleistet die Haltung von bestimmten Luft- und Wasserstreitkräften. Die Angelegenheit der Garantien bezüglich Belgiens ist schon endgültig geregelt. Schwierigkeiten bereitet noch die Frage der Sicherungen Polens im Falle eines Überfalls seitens Deutschlands. England schlägt die Vertagung der Angelegenheit bis zur allgemeinen Konsolidierung Europas, bis zur endgültigen Einigung Polens mit der kleinen Entente und bis zur Zeit der Erweiterung des sogenannten „Systems gegenseitiger Garantien" auf die Völker Europas vor.

Der Aufstand in Karelien.

Helsingfors, 22. Januar. Trotz Versicherungen der Sowjets, daß der Aufstand in Karelien liquidiert worden ist, melden finnische Nachrichten, die von der andern Seite der Grenze kommen, daß der Aufstand immer größeren Umfang annimmt. Im Norden Kareliens sind die Aufständischen sogar zur Offensive übergegangen. Im südlichen Teile des Gouvernements **Olomiecki** befinden sich die karelischen Truppen im Rücken der Sowjetarmee.

Eine Erklärung der Sowjets.

Moskau, 22. Januar. Der Text der offiziellen Erklärung des Volkskommissariats für ausländische Angelegenheiten in der **karelischen Frage** lautet: Nach Informationen des finnischen Pressebüros in Helsingfors hat der Völkerbund eine Resolution angenommen, in der davon die Rede ist, daß angesichts der herrschenden normalen Beziehungen zwischen der finnischen und russischen Regierung der Völkerbund mit Recht erwarten darf, daß die karelische Frage eine befriedigende Lösung erfahren wird. Da die Sowjetregierung nicht im Völkerbund vertreten ist, die andere interessierte Seite dagegen, Finnland, dessen Mitglied ist (gemäß dem finnischen Pressebüro), so könnten Polen oder Lettland, nachdem sie sich mit den Absichten der Sowjetregierung vertraut gemacht haben, ihre Dienste zwecks Mitarbeit bei der friedlichen Lösung des Konfliktes anbieten. Bei dieser Gelegenheit muß daran erinnert werden, daß die Sowjetregierung alle Bemühungen fremder Staaten, sich in den russisch-finnischen Konflikt hineinzumischen ablehnt. Das Kommunikat des finnischen Pressebüros zeugt davon, daß der „sogenannte" Völkerbund die Absicht hat gegenüber der Sowjetregierung den Paragraph anzuwenden, welcher vorsieht, daß im Falle eines Konfliktes zwischen einem Mitglied und einem Nichtmitglied des Völkerbundes der Völkerbund das Recht hat die Prüfung dieses Konflikts zu fordern. Die russische Regierung lehnt rücksichtslos diese Versuche des sogenannten Völkerbundes ab und wird jede Bemühung irgend eines Staates, den oben erwähnten Paragraphen in Bezug auf Rußland in Kraft treten lassen, als einen **Rußlandfeindlichen** Akt betrachten.

Litauen und der karelische Aufstand.

Aus halbamtlichen Kreisen kommen folgende Informationen bezüglich der Stellungnahme der litauischen Regierung gegenüber dem karelischen Aufstand. Gemeinsam mit anderen baltischen Staaten wird Litauen die karelische Frage auf der Sitzung des Völkerbundes unterstützen. Gegenwärtig können einige litauische Diplomaten darin nicht zum Einverständnis gelangen; denn ein Teil bemerkt, daß eine solche Unterstützung der Ostseestaaten eine Zuspitzung der Beziehungen zu Rußland herbeiführen könne, der andere Teil fordert, daß Litauen immer im Einklang mit der ganzen Ostseeliga handeln solle.

Lettlands Stellung.

Der lettische Ministerpräsident Meyerowicz hat Pressevertretern erklärt, daß Lettland im Einvernehmen mit anderen baltischen Staaten den Versuch einer Friedensvermittlung zwischen Finnland und Rußland machen wird. Lettland wird so lange Neutralität bewahren, bis es zu einem Kriege zwischen Finnland und Rußland kommt.

Im letzten Fall wird der Vertrag unter den baltischen Staaten verpflichtende Kraft gewinnen.

Die Beisetzung des Papstes.

Das Konklave.

Wien, 23. Januar. Die „**Neue Freie Presse**" veröffentlicht eine Unterredung mit dem päpstlichen Nuntius in Wien, **Marchetti**. Der Nuntius erklärte, daß das Begräbnis des Papstes nach eingeführtem Brauch 10 Tage nach dem Tode, also wahrscheinlich in den letzten Tagen des Monats, erfolgen wird. An dem betreffenden Tage versammelt sich das **Konklave**, um die Wahl des neuen Papstes durchzuführen. An dem Konklave werden sicherlich 62 Kardinäle, davon 22 ständig in Rom wohnende, teilnehmen. Alle Kardinäle seien schon aufgefordert worden, so schnell wie möglich nach Rom zu kommen, um an der Wahl teilzunehmen. Was die Person des Nachfolgers des verstorbenen Papstes und die Dauer des Konklave anbetrifft, so kann man nach Meinung des Nuntius nichts Bestimmtes sagen. Höchstwahrscheinlich ist nur, daß auch diesmal ein Italiener auf den päpstlichen Thron gewählt werden wird.

Trauer in Rom.

Rom 23. Januar. Ministerpräsident **Bonomi** hat sofort nachdem er von dem Tode des Papstes in Kenntnis gesetzt worden war, dem Könige und allen Würdenträgern des Staates sowie den Kolonien-gubernator um davon Mitteilung gemacht. Außerdem befahl er, daß auf allen öffentlichen Gebäuden in der Stadt und in der Provinz Trauerfahnen gehißt werden sollten.

Der Tod.

Rom. 22. Januar. Der Tod des Papstes welcher um 6 Uhr erfolgte, war sanft. Beim Tode waren anwesend: die Familienangehörigen und Personen aus der nächsten Umgebung des Papstes. Seit dem Tode des Papstes wohnt der Kardinal **Chigi** im Vatikan als Konklave-Marschall. Der Kardinal-Dekan **Vanutelli** hat die Leitung der Kirchengeschäfte übernommen.

Ueberführung der Leiche.

Rom, 23. Januar. Die sterblichen Überreste des heiligen Vaters wurden um 9 Uhr 45 Min. feierlich in die Basilika von St. Peter übergeführt. Im Gefolge befanden sich die Kardinäle, die Vertreter des diplomatischen Korps, die Beamten des päpstlichen Hofstaats und der Vertreter Deutschlands. Die Überreste wurden auf einem Katafalk niedergelegt, auf dem das allerheiligste Sakrament des Altars ausgestellt wurde. Ungeheure Menschenmengen drängen sich zur Kapelle, um den Leichnam zu besichtigen.

Der Reichstagspräsident über den Tod des Papstes.

Berlin, 23. Januar. (Telunion) Im Reichstage unterbrach Präsident Löbe die Verhandlungen und machte Mitteilung von dem Ableben des Papstes. Der Papst habe in der Kriegszeit die moralische Macht seines Amtes und alle seine Kräfte eingesetzt für die Linderung menschlichen Leidens, die Beschwichtigung des Hasses und die Versöhnung der Völker. Das deutsche Volk nehme tiefen Anteil an dem frühen Tode des verdienten Mannes.

Kandidaten für den päpstlichen Thron.

Rom 22. Januar. Als Nachfolger des Papstes werden u. a. Kardinälen folgende Kandidaten genannt: **Ratti**, Erzbischof von Mailand, **La Fontana**, Erzbischof von Venedig, und Pompili. Gegenwärtig setzt sich das heilige Kollegium aus 61 Mitgliedern zusammen, wovon 31 italienischer und die übrigen anderer Nationalität sind.

Rom. 22. Januar. Kandidaten für den päpstlichen Thron sollen folgende Kardinäle sein: **De Lai, Maffi, Bisletti, Gasparri und Ratti.**

Sowjetrußland.

Tagung der russischen Monarchisten.

Ofenpest 23. Januar. Die Zeitungen berichten, daß in Kattowitz eine Tagung der russischen Monarchisten unter dem Vorsitz des ehemaligen Metropolitans Eulogius stattfand. An der Tagung nahmen viele Vertreter der Geistlichkeit, des Adels und der Militärkreise teil. Berichterstatter war der ehemalige Minister des Zaren **Murkow**. Auf der Tagesordnung wurde als einzige Angelegenheit die erneute Berufung der Familie **Romanow** auf den russischen Thron behandelt. Murkow benachrichtigte die Tagung, daß der russische Thron der Mutter des ehemaligen Zaren **Maria Theodorowna** angeboten worden sei.

Erneuerung der Roten Armee.

Moskau, 3. Januar. Eine spezielle Militärkommission arbeitet gegenwärtig daran, die Art der Bekleidung der Roten Armee, sowie die **Militärabzeichen** festzusetzen. Wahrscheinlich sollen die die früheren **militärischen Rangstufen**, Leutnant, Kapitän, Brigadeoberst, Divisionsgeneral usw. wieder eingeführt werden. An-

---

Das Geheimnis vom Brintnerhof.

Roman von Erich Ebenstein.

(Urheberschutz 1918 durch Greiner & Comp., Berlin W. 30).

(41. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt).

„Es war Nacht und von ihm hat man eigentlich nichts gesehen, als einen großen Hut und Wettermantel, der ihn bis über die Knie einhüllte! Nichts Bekanntes ist mir an ihm aufgefallen, das ist wahr, aber die Statur könnte schließlich auf fünfzig Leute in Kalkreut stimmen."

„War er groß oder klein?"

„Groß und schlank."

„Und Sie wissen bestimmt, daß er wirklich aus dem Garten kam?"

„Ganz bestimmt! Ich erblickte ihn ja in dem Augenblick, wo er die Gartentür leise hinter sich zumachte! Schau, schau, habe ich mir gedacht, da schleicht sich wohl grad ein Liebhaber davon! Bin doch neugierig wer's ist? Inzwischen war er schon über die Feldstraße gesprungen, auf die ich zuhielt und kam mir am Bachweg entgegen. Es war ein bißchen Mondlicht, darum mußte er mich leider gleich sehen. Ich war stehengeblieben, um ihn zu erwarten. Wie er das merkte, stutzte er, und ehe ich's mich versah, war er weg. Die Wegböschung ist dort hoch, wie Sie wissen. Oben rechts vom Steig fließt der eingedämmte Bach, auf der andern Seite geht's jäh herunter. Unten im Graben gibt's Gestrüpp und Buschwerk, dann fangen die Wiesen und Äcker an. Ich habe mir gleich gedacht, daß der Kerl hinab ins Buschwerk ist, um mir auszuweichen, und dann entweder mich im Graben umgehen oder hinaus auf die Wiesen will."

„Sind Sie ihm denn nicht nach?"

„Erst wollte ich's. Denn daß der Mensch sich so versteckte, kam mir verdächtig vor. Ich kletterte auch die Böschung hinab. Aber da war so dichtes Gestrüpp und so viele Dornen, daß ich's wieder aufgab. Ich habe ein besseres Gewand angehabt. So habe ich mir gedacht: „Was geht's dich eigentlich an, wer's ist? Spät war's auch schon — Mitternacht vorüber — und mein Weg zum Greinbachhofe führte nach der anderen Seite hin. Eine Weile hab ich noch gewartet und gehorcht, dann bin ich fort."

„Das war alles?"

„Ja. Wie sie am andern Tage vom Mord erzählt haben, bin ich noch einmal hin zur Stelle. Aber der Regen, der gegen Morgen gefallen war, hat alle Spuren verwischt gehabt. Da und dort war ein dürrer Ast gebrochen, aber das kann auch schon früher einmal der Wind getan haben. Die Gendarmen haben auch nichts gefunden. So weiß man nicht einmal, ob er nachher gleich wieder auf den Weg herauf oder im Gebüsch weiter gekrochen ist."

„Aber die Stelle, wo er verschwunden ist, könnten Sie mir doch noch genau zeigen?"

„Das schon. Das heißt, wenn ich halt wieder einmal in die Gegend komme."

„Sie suchen doch einen Dienstplatz. Wollen Sie nicht zu uns auf den Brintnerhof kommen?"

„Na warum denn nicht? Wenn sonst alles stimmt . . . ."

„Sie sollen mit Kost und Lohn zufrieden sein!" sagte Bastl rasch, denn es lag ihm viel daran, Lusner nicht mehr aus den Augen zu verlieren. „Sie sollen es bei uns genau so haben wie früher beim Bürgermeister."

„Dann schlage ich ein. Soll ich gleich mit Ihnen kommen?"

„Ja! Das wäre mir am liebsten."

„Noch eine Frage," mischte sich jetzt Toni ein. „Denken Sie gut nach, Lusner! Kann der Mensch den Sie gesehen haben, denn nicht der Knotzen-Lipp sein? Der wohnt ja ein Stück weiter oberhalb bei der Steinerschen und müßte den Bachweg benutzt haben . . ."

„Ausgeschlossen! Der Tepp mit seinem Wasserkopf und dem verschobenen Gestell, ist mindestens um anderthalb Köpfe kleiner."

„Und Konrad Fercher?"

„Ist viel breiter gebaut; der, den ich gesehen habe, hat eine geschmeidige, mehr schmal gebaute Gestalt gehabt. Mehr so was Vornehmes . . . ."

„Wieso?"

„Das kann ich nicht so erklären. Ich hab's halt im Gefühl gehabt: ein Bauer oder ein Arbeiter ist das nicht!"

„Schmal gebaut — etwas Vornehmes —" Bastl blickte unruhig vor sich hin. Er kannte einen, auf den diese Beschreibung gestimmt hätte. Neulich in der „Sonne" waren sie am selben Tisch miteinander gesessen und der Geschäftsleiter Forreger, an den sich Bastl in der letzten Zeit herangemacht, um womöglich etwas Neues über den alten Brintner zu erfahren, hatte sie nachher miteinander bekannt gemacht. Warum ihm das nun plötzlich einfiel? Der Baumeister March war's aus Wiener-Neustadt. Und ein Zufall ergab nachher während des Gesprächs, daß der alte Brintner mit March in der letzten Zeit auffallend viel und in geheimnisvoller Weise verkehrt hatte.

Der Geschäftsleiter der „Sonne" schien besonders neugierig, welcher Art dieser Verkehr war, und stellte allerlei versteckte Fragen darüber. Aber March verhielt sich merkwürdig ablehnend dabei, wurde plötzlich sehr still und ergriff dann den erstbesten Vorwand um aufzubrechen. Es war Bastl aufgefallen, wie bleich damals des Baumeisters Gesicht gewesen als er seinen Überrock anzog, und wie fluchtartig rasch er verschwand.

Und noch etwas war ihm damals aufgefallen: Als der Geschäftsleiter seinen Namen nannte und March erzählte, daß er jetzt am Brintnerhof die Wirtschaft führe, war es wie Erschrecken über des Baumeisters hageres Gesicht gezuckt.

„Am Brintnerhof? So, so . . ." Dann, als der Geschäftsleiter mit einem Wort auf die Ereignisse anspielen wollte, eine hastig abwehrende Handbewegung, „nein, Herr Forreger, reden wir nicht von der traurigen Geschichte. Man bekommt ja ohnehin überall die Ohren voll davon. Der Alte war mein Freund — ich kann's nicht hören. Es greift mich zu sehr an."

Dabei griff er mit zitternden Händen nach seiner Zigarrentasche, nahm eine Zigarre heraus, legte sie aber dann wieder auf den Tisch, ohne sie in Brand zu setzen. (Forts. folgt.)

han der bolschewistischen Ärmelstücken sollen für Offiziere goldene und für Soldaten silberne Achselschnüre eingeführt werden. Den Offizieren sollen Ordonnanzen zugeteilt werden.

Moskau 22 Januar. Im Zusammenhang mit der „Woche der Roten Armee“, die in Kürze stattfinden soll, hat die Presse einen kräftigen Agitationsfeldzug begonnen, der den Zweck hat die Allgemeinheit über die Notwendigkeit aufzuklären, sich mit dem Heere und seinen Bedürfnissen eingehend zu beschäftigen.

Die Hungernden.

Moskau 22. Januar. Die Zahl der Hungernden im Gouvernement Jekaterinoslaw beträgt gegenwärtig 400 000 in der kirgisischen Republik 2 Millionen von denen nur 40 000 Hilfe erhalten. Die Sterblichkeit unter den Kindern beträgt 30 v. H.

Der Krieg im fernen Osten.

Reuter meldet aus Wladiwostok: Der Kampf tobt zwischen Chabarowsk und Blagoweschtschensk längs des Amur. Im Laufe der letzten Woche sind die Weißen um 200 Kilometer nach Westen vorgerückt. Während der Kämpfe im Rayon von Semionowsk wurden 200 Rote gefangengenommen.

In Moskauer Militärkreisen zirkuliert das Gerücht, daß Trotzki sich nach Tschita begeben will, um persönlich den Kampf mit der Armee Merkulows zu leiten.

Die letzten Moskauer Blätter dementieren die Nachricht von der Einnahme Blagoweschtschensks durch die Weißen.

Aus Tschita wird gemeldet: Die augenblickliche bewaffnete Aktion weist deutlich darauf hin, daß sie recht energisch von einer der Großmächte unterstützt wird. Noch unlängst besaß die Armee Merkulows weder Geschütze noch überhaupt die entsprechende Anzahl Maschinengewehre und Karabiner. Zurzeit sind die Abteilungen der Weißgardisten vollständig bewaffnet. Die Organisatoren der Offensive besitzen gleichfalls bedeutende materielle Mittel da sie zahlreiche Chunchusenbanden organisieren.

Moskau, 22. Januar. Die hiesige Presse berichtet, daß sich in Charbin immer neue Mitarbeiter Semionows einfinden, die eine Offensive in großem Maßstabe planen. Es werden Freiwillige angeworben und Geldspenden, angeblich für die Hungernden im Küstengebiet gesammelt. Die Organisation trägt einen ausgesprochen monarchistischen Charakter.

Die Finanznot der deutschen Städte.

In der Donnerstagssitzung des deutschen Reichstags begründete der Abg. Külz (Dem) eine demokratische Interpellation über die Finanznot der Gemeinden, die völlig außerstande seien, die Mehrleistungen aufzubringen, die ihnen durch die Erhöhung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter auferlegt werden. Der Redner fragt an, ob etwa eine Kontrolle der Gemeindefinanzen durch die Landesregierungen beabsichtigt werde. Es wäre richtiger gewesen, wenn nicht das Reich, sondern die Gemeinden die Träger und Bewirtschafter der Einkommensteuer geworden wären. Reichsfinanzminister Dr. Hermes erklärte, daß eine Vorlage zur Änderung des Landessteuergesetzes, durch die die Gemeinden besser gestellt werden sollen, bereits dem Reichsrat vorliegt. Die Mehrausgaben infolge der Besoldungsordnungen sind eine Folge der Geldentwertung, die automatisch durch die Erhöhung der Einnahmen ihren Ausgleich finden wird. Das Reich ist zu Vorschüssen bereit. Bisher sind an die Länder bereits 5 Milliarden Vorschüsse gewährt worden. In der Besprechung wies Abg. Heimann (Soz.) darauf hin, daß die Gemeinden kaum noch in der Lage sind, die allerwichtigsten Verpflichtungen aus Eigenem zu erfüllen. Der Redner schildert besonders die Nöte der Stadt Berlin. Die Durchführung der neuen Besoldungsreform wirkt auf die Gemeinden geradezu niederschmetternd. Abg. Dr Herschel (Ztr.) betonte, daß derjenige, der den deutschen Städten hilft, auch dem deutschen Volke hilft. Alle Parteien erkennen die Not der Städte an. Nur in Württemberg gibt es noch einige Gemeinden, wo keine Steuern gezahlt werden und die Bürger sogar Zuschüsse aus Holzlieferungen erhalten. Abg. Berndt (Dntl.) stellte fest, daß die Deutschnationalen an der verfehlten Steuergesetzgebung nicht schuld seien. Es war ein großer Fehler, den Städten die Steuerhoheit zu nehmen. Das Reich muß sich unbedingt von allen Realsteuern fernhalten. Abg. Scholz (Dvp.) fordert ebenfalls größere Rücksichtnahme von seiten des Reiches auf Länder und Gemeinden. Es ist ein Hauptfehler, daß man den Städten jede Verantwortung genommen hat. Das Reichsarbeitsministerium hat bei Streiks den Gemeinden immer geraten höhere Tarife zu gewähren, weil sonst das Reich in Schwierigkeiten geraten könne. (Hört hört!) Durch die Erhöhung der städtischen Tarife wird am schwersten das Gewerbe getroffen.

Deutsches Reich.

** **Eine Nachtsteuer in Berlin.** Der zur Vorberatung der neuen Vergnügungssteuerordnung eingesetzte Stadtverordnetenausschuß hat die Steuerordnung im ganzen einstimmig angenommen. Von besonderer Bedeutung für das Nacht- und Vergnügungsleben der Reichshauptstadt ist der Beschluß des Steuerausschusses, im § 42 der Steuerordnung auf Grund seiner eingehenden Vorberatungen eine besondere Hocker- oder Nachtsteuer einzuführen. In Stuttgart hat diese Steuer für Nachtschwärmer im ersten Monat 100 000 M. erbracht; für Berlin erwartet man natürlich bedeutend höhere Erträge. Der Nachtsteuer unterworfen sind alle geselligen Zusammenkünfte, sowohl geschlossene private Gesellschaften als auch öffentliche Veranstaltungen, wie Bälle und Festlichkeiten, die sich über 1 Uhr nachts in Gastwirtschaften und Vereins(Klub-)räumen aller Art hinziehen, sofern Speisen und Getränke gegen Entgelt verabreicht werden. Die Nachtsteuer wird in Form einer Kartensteuer erhoben, auch dann, wenn die Teilnahme an dem geselligen Beisammensein nicht von der Zahlung eines Entgelts abhängig ist. Für gesellige Zusammenkünfte, die keiner besonderen Anmeldung bedürfen, soll die Nachtsteuer für jeden Teilnehmer und für jede angefangene Stunde nach 1 Uhr nachts 3 M. betragen. Für Veranstaltungen, die ohnehin vergnügungssteuerpflichtig sind und für die eine Anmeldung vorgeschrieben ist, beträgt die Nachtsteuer für die Gesamtdauer der Veranstaltung nach 1 Uhr nachts bei einem Eintrittsgeld bis 7 M. = 3 M., bei einem Eintrittsgeld bis 20 M. = 10 M. und bei einem Eintrittsgeld über 20 M. = 20 M. Im einzelnen Falle darf aber die Nachtsteuer nicht mehr als 100 Prozent der ursprünglichen Vergnügungssteuer betragen. Für Wein- und Likörstuben, Bars usw. werden in jedem Falle die doppelten Steuersätze erhoben. Geschlossene Vereinigungen, die aus beruflichen Gründen ihre Mitgliederversammlungen oder sonstige Veranstaltungen über 1 Uhr nachts ausdehnen müssen oder nur nach diesem Zeitpunkt abhalten können, kann die Steuerbehörde auf Antrag ganz oder teilweise von der Steuer befreien.

** **Reichstagspräsident über Dr. Wirth.** Der Präsident des Deutschen Reichstags hielt gestern in einer sozialistischen Versammlung eine Rede, in der er sich sehr anerkennend über das Kabinett Wirth aussprach und u. a. erklärte, daß, wenn der 15. Januar ohne neue Sanktionen abgelaufen sei, man dies der Politik des Kabinetts Wirth verdanken könne. Die Konferenz in Cannes habe bewiesen, daß das Londoner Ultimatum unmöglich sei. So wurden auch dort die an Deutschland gestellten Forderungen auf ½ Milliarde Mark in Gold herabgesetzt. Der Rest dagegen soll in Sachleistungen bezahlt werden. Präsident Loebe bemerkte weiter, daß ein Steuerkompromiß unvermeidlich sei. Wenn es nicht gelingen wird, dieses Kompromiß zu schließen, so müsse man mit dem Sturz des Kabinetts Wirth schon am Mittwoch rechnen. In diesem Fall verbleibe nichts anderes als die Anordnung neuer Wahlen oder die Errichtung eines Kabinetts Stresemann, wenn nicht gar Helferich. Am Schluß sprach er die Hoffnung aus, daß das Kabinett Wirth verbleibt, da es ein Kabinett ist, welches in Cannes einen großen Erfolg errang und das einzige Kabinett, das nach Genua gehen kann.

Aufhebung des Ein- und Ausfuhramtes.

Warschau, 24. Januar. Wie wir erfahren, hat der Chef des Ministeriums für Handel und Gewerbe Straßburger, auf der Sitzung des Wirtschaftsausschusses einen Entwurf unterbreitet nach welchem das Ein- und Ausfuhramt aufgehoben werden soll. Der Entwurf wurde angenommen. Die Liste der für die Einfuhr verbotenen Waren wurde auf die Hälfte herabgesetzt und das Verzeichnis der verbotenen Ausfuhrartikel einer Revision unterzogen. Die Herabsetzung der Anzahl der Waren wird durch das Ministerium für Handel und Gewerbe und das Finanzministerium durchgeführt werden. Der angenommene Entwurf bedarf noch der Bestätigung durch den Sejm.

Aus der polnischen Presse.

Innenministerium und Glaubensbekenntnisse. Gegen den Plan, die nichtkatholischen Bekenntnisse dem Ministerium des Innern (wie das in Rußland früher der Fall war) zu unterstellen, wendet sich der Krakauer „Nowy Dziennik“, der unter anderm schreibt: „Fast in der ganzen Welt verwalten die Ministerien für Volksaufklärung zugleich auch die Bekenntnisfragen. Gewissermaßen schon dem Klange nach sind die Begriffe Kultus und Kultur miteinander verbunden. Das Ministerium für Volksaufklärung, das am weitesten entfernt steht vom Polizeizwange, ist am entsprechendsten für die Verwaltung von Bekenntnisfragen. Am ungeeignetsten hierfür ist das Ministerium, dem die Polizei angehört. Im alten Preußen bestand gemäß einer alten Nomenklatur, vermutlich aus der Zeit Friedrichs des Großen, ein Aufklärungsministerium, das pleno titulo den Namen führte: „Ministerium für geistliche, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten“. Selbstverständlich gehörten zu dieser obersten Magistratur auch die Bekenntnisfragen. In Rußland war dies alles eigentlich im Innenministerium bzw. in der Polizei vereinigt; alle anderen Ministerien hingegen waren nur etwa Nebenstellen dieser im Lande höchsten Instanz. Demnach war es unterschiedslos, welchem Ministerium diese oder jene Staatsfunktion oblag. Letzten Endes lief doch alles in den Händen der verschiedenen — Trepows zusammen. Österreich besaß sein „Ministerium für Kultus und Unterricht“. Wohl geschah es, daß man bisweilen, so zur Zeit Stürgkhs, sich darüber aufhielt, daß das Ministerium „für Kultus“, aber „gegen Unterricht“ sei; grundsätzlich aber war diese Einrichtung vollständig korrekt, und die Bekenntnisse trugen nicht nur einen geistlichen, sondern auch einen geistigen Charakter; sie konnten also auf polizeilichem Wege nicht behandelt werden. In Polen sollen indes die Bekenntnisse gewissermaßen unter Polizeiaufsicht gestellt werden — so beschlossen vorerst im Verfassungsausschuß, natürlich in Abwesenheit der Vertreter der Volksminderheiten. Es liegt klar auf der Hand, daß sich dies auf die nichtkatholischen Bekenntnisse beziehen wird, denn die katholische Kirche wird ihr Konkordat mit Rom besitzen und somit vollständig unabhängig von der Staatsbehörde sein. Den nichtkatholischen Bekenntnissen wird in der Verfassung tatsächlich eine Art Selbstverwaltung in Gestalt eigener „Satzungen“ verbürgt, doch soll das Verhältnis des Staates zu diesen Kirchen erst im Wege eines späteren Gesetzes festgelegt werden. Das heißt also: die Verfassung verleiht ihnen noch keinerlei Selbstverwaltung und gibt auch nicht an, in welchem Maße sie bezüglich ihres inneren Lebens von der Staatsbehörde unabhängig sein werden. Der erste Schritt, der jetzt auf dem Wege einer weiteren Gesetzgebung bezüglich der inneren Einrichtung dieser Kirchen der „Religionsminderheiten“ getan wurde, ist eine zweifelsfreie Ankündigung einer weiteren Freiheitsschmälerung. Und das ist ein fataler Anfang. Nicht so sehr für die Bekenntnisse der Minderheiten selbst, für die es obendrein eine Herabsetzung der Würde und des Maßes der Gleichberechtigung bedeutet, als vielmehr für die eigentliche Staatsordnung, der man damit ein polizeiliches Brandmal aufprägt. Schaffen wir Ordnung im Staate! Es ist schlimm bestellt, wenn diese Ordnung fast ausschließlich auf polizeilichem Wege aufrechterhalten werden soll. Es ist schlimm, daß wir Polen allmählich den Charakter eines Polizeistaates verleihen.“

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 24. Januar.

Die Kreistagswahl für den Kreis Posen-Ost.

Als Kreistagsabgeordnete für den Kreis Poznań Wschód sind bei der Kreistagswahl am 6. d. Mts. nachstehende 35 Herren gewählt worden:

Tadeusz Pagowski, Rittergutsbesitzer, Golun; Konstantin Ciesla, Wirt, Węglewo; Kazmierz Smorawski, Propst, Wronczyn; Thomas Tomczak, Waldarbeiter, Stęszewko; Thomas Harwoczyński, Arbeiter, Winiary; Jakob Walkowiak, Arbeiter, Winiary; Adam Kędziora, Zimmermann, Winiary; Walenty Dubisz, Zimmermann, Winiary; Michał Dajerling, Wirt, Winiary; Antoni Chilomer, Propst, Glowno, Jan Witkowski, Ackerbürger, Glowno; Stanislaus Pierszek, Arbeiter, Glowno; Leon Kowalski, Kaufmann, Glowno; Antoni Szuba, Fabrikant, Schwersenz; Kazmierz Dachtera, Eisenbahnarbeiter, Schwersenz; Tomasz Frackowiak I, Wirt, Jankowo; Wincenty Golaski, Wirt, Dębogóra; Andrzej Jeske, Wirt, Lowęcin; Paul Wiesner, Administrator, Wierzonka; Franciszek von Unrug, Rittergutspächter, Gluszyn; Stanisław Remlein, Wirt, Garaszewo; Józef Drzewiecki, Wirt, Babki; Jan Vogt, Arbeiter, Wiorek; Michał Lange, Arbeiter, Wiorek; Franciszek Jeczkowski, Lehrer, Kobylepole; Michał Krych, Gastwirt, Kobylepole; Karol Kazmierowski, Wirt, Spławie; Stanisław Jezewski, Wirt, Spławie; Ignatz Sarrazin, Rittergutsbesitzer, Kruszewnia; Dr. Tadeusz von Szuldrzyński, Rittergutsbesitzer, Bolechowo; Antoni Zgola, Arbeiter, Promnice; Szczepan Pawlicki, Arbeiter, Promnice; Michał Roguszka, Arbeiter, Potasze; Marcin Sickierski, Kaufmann, Pobiedziska; Wojciech Stachowiak, Kaufmann, Pobiedziska.

Hierbei ist zu bemerken, daß von 5 Wahlbezirken, in die der Kreis Posen-Ost eingeteilt war, in zwei Wahlbezirken die Listen der deutschen Kandidaten von der Behörde nicht anerkannt wurden.

\# **Veranlagung zur Danina.** Amtlich wird bekannt gegeben, daß die Daninaveranlagungslisten für diejenigen Daninazahler, deren Abgabebetrag auf Grund der von ihnen gezahlten Grund- und Bodensteuer, Gebäudesteuer, Gewerbesteuer, Handelssteuer und Schanksteuer berechnet wird, in der Zeit vom 29. Januar bis zum 11. Februar 1922 zur Einsicht für die Zahlungspflichtigen ausliegen werden. Die erste Rate der Abgabe ist in der Zeit vom 5. Februar bis zum 4. März zu zahlen, die zweite Rate in der Zeit vom 15. März bis zum 15. April.

× **Die Kälte.** Heut früh 7 Uhr zeigte das Thermometer — 14 Grad Cels.; die Kälte war mithin gegen Montag früh um einen Grad zurückgegangen.

\# **Volkstümlich-wissenschaftliche Vorträge.** Der Lehrgang für Deutsch- und Heimatkunde wird kommenden Mittwoch, den 25. d. Mts., unterbrochen werden. Dagegen findet um 6 Uhr im Zeichensaal des Deutschen Gymnasiums ein Vortrag von Herrn Hauptschriftleiter Styra über „Abstraktion, Gefühl und moderne Malerei“ statt. Der Eintritt ist frei.

\# **Deutscher Theaterverein.** Wir weisen noch einmal auf die am Freitag, dem 27. Januar, abends 8 Uhr, im Zoologischen Garten stattfindende Aufführung des Dramas „Der Weibsteufel“ von Karl Schönherr hin. Die Rolle des Grenzjägers spielt Herr Karl Bender, Mitglied des Deutschen Theaters in Berlin. Die Eintrittskarten sind im Vorverkauf in der Evangelischen Vereinsbuchhandlung, ulica Wjazdowa, zu haben.

\# **Deutscher Naturwissenschaftlicher Verein in Großpolen.** In der am Freitag, dem 27. d. Mts., abends 8¼ Uhr im Below-Knothe'schen Lyceum stattfindenden Sitzung wird Herr Tumm im Rahmen der vom Ausschusse zur Pflege deutschen Geisteslebens angekündigten Vorträge über Einheimische Faser- und Gespinstpflanzen sprechen. Gäste sind willkommen. Der Eingang findet durch die Pforte zur Schuldienerwohnung statt.

× **Eine Versammlung der Pensionsinhaberinnen** fand am 20. Januar statt. Es wurde der Beschluß gefaßt, den Monatspreis in der bisherigen Höhe zwischen 14—16 000 M. zu halten. Die Preise sollen selbstverständlich herabgesetzt werden, sobald sich das Fallen der Preise aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse im Großstadthandel fühlbar macht. Allerdings ist andererseits mit bedeutender Steigerung der Wohnungskosten zu rechnen. Eine Inhaberin wurde von 1600 M. jährlichen Mietszins auf 54 000 M. gesteigert.

\# **In der letzten Ziehung der Miljonówka** gewann die Nummer 4 361 696.

c. **Rogasen**, 22. Januar. Ein trauriger Unglücksfall ereignete sich in der Familie des Steinsetzmeisters Tonn hier. Der älteste Sohn Erwin, ein 15jähriger Schüler, besaß ein Tesching und versuchte, es mit nicht dazu passender Munition zu laden. Als ihm dies nicht gelingen wollte, nahm er einen Hammer zu Hilfe, stemmte das Tesching gegen seinen Leib und klopfte die Kugel mit dem Hammer in die Öffnung. Dabei ging der Schuß los, und die Kugel drang dem Knaben in den Leib. Um seine Eltern nicht zu erschrecken, oder aus Angst vor Strafe verbiß er seine Schmerzen und legte sich ins Bett. Als die Schmerzen dann aber zu stark wurden, gestand er ein, was geschehen war. Auf ärztliche Anordnung wurde der Knabe sofort nach Posen gebracht, wo er sich einer Operation unterziehen mußte, an deren Folgen er am Mittwoch gestorben ist. Am Freitag fand die Beisetzung auf dem evangelischen Kirchhof in Rogasen statt.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	24 Januar	23 Januar
Bank Związku I.—IX. Em.	220 + A	220 + A
Bank Handl., Poznań I.—VIII. Em.	— —	360 + A
Pozn. Bank Ziemian I.—III. Em.	—,—	240 + A
R. Barcikowski I.—V. Em.	145 +	145 + N
H. Cegielski I.—VII. Em.	—,—	185 + N
Kwilecki, Potocki i Ska. I.—VI. Em.	235 + N	—,—
Centrala Skór I.—IV. Em.	225 + A	225 + N
Centrala Rolników	— —	160 +
Pozn. Spółka Drzewna I.—IV.	500 + N	510 +
Wytwornia Chemiczna I.—II. Em.	175 + N	175 + A
„ „ III. Em.	155 + N	150 + N
Hurtownia Drogeryjna	140 + A	— —
Patria	390 + A	390 + A
Homosan	160 +	—,—
Lubań	660 + N	—,—

Auszahlung Berlin 16,45 + A.

Inoffizielle Kurse:	24 Januar	23 Januar
Bank Stadthagen, Bydgoszcz	300 —	—,—
Bank Przemysłowców	— —	205 + N
Kabel	—,—	140 + A
Bentzki	460 +	450 + N
Wielk. Huta Miedzi	—,—	270—275 + N
Orient	—,—	200 + N
Sarmatia	440 +	445 + A
Herzfeld-Viktorius	270 + A	—,—
Papiernia Bydgoszcz	185 +	—,—
Pneumatik	140 +	—,—

Berliner Börsenbericht

vom 23. Januar.

Diskonto-Komm.-Anleihe	415.—	3½ % Pos. Pfandbriefe	16.—
Berliner Maschinen-Fabrik Schwarzkopf	1190.—	Polnische Noten	6.15
Hartmann Masch.-Aktien	880.—	Auszahlung Warschau	6.25
Düsseldorf. Waggonfabrik-Aktien	724.—	Kriegsnoten	8.—
Schantung Eisenbahnanl.	470.—	Dollar	204.25
Neuguinea Comp.-Akt.	625.—	Englische Pfund	862 50
R. Wolff	900.—	Holländische Gulden	7435.—
4 % Pos. Pfandbriefe	19.—	Schweizer Franken	3970.—
		Danzig polnische Mark	6 20
		„ „ Noten	6.27½

= **Danzig**, 24. Januar. Auf der heutigen Börse wurden amtlich notiert: polnische Noten 6,46, Auszahlung Warschau 6,40, Dollar 207, Pfund Sterling 800.

Geschäftliche Mitteilungen.

= **In die Gewalt der Fanatiker geriet** die durch ihre fabelhafte Schönheit, Mut und Gewandtheit berühmt gewordene Kino-Schauspielerin Pearl White. Doch in Staunen hervorrufender Art gelang es ihr, der gefährlichen Lage Herr zu werden, und wie sich jeder in der zweiten Serie des größten Sensationsdramas der Saison „Die Dollarkönigin“, das gegenwärtig im Kino Colosseum św. Marcin 65 (früher St. Martinstraße) aufgeführt wird, überzeugen kann, zu entkommen.

Wetterbericht

unseres Wettersachverständigen vom 24. Januar 1922, früh: 9 Uhr.

	Luftdruck in mm	Temperatur (Cels.)	Windrichtung	Windgeschwind. m in d. Sek.		Luftdruck in mm	Temperatur (Cels.)	Windrichtung	Windgeschwind. m in d. Sek.
Posen	778.1	—16	O	3	Neapel	764 1	+10	NO	2
Bromberg	780.0	—17	O	2	Florenz	—	—	—	—
Warschau	780.2	—16	NNO	3	Zürich	—	—	—	—
Lodz	778.4	—16	O	7	Paris	760.8	—2	O	5
Lemberg	—	—	—	—	Lerwick	776.3	+2	SSO	9
Danzig	781 3	—18	Windst.	0	Kopenh.	778 5	—5	O	9
Berlin	773 9	—15	O	9	Karlstad	782.9	—17	NO	3
Hamburg	773 1	—13	O	6	Stockh.	780 7	—14	Windst.	0
Belgrad	772 9	—9	SO	3	Bergen	778 9	—12	NW	1
Budapest	773.5	—9	O	2	Helsingf.	778.2	—5	W	5

Luftdruckverteilung über Europa am 24. Januar: Die gestern westlich von England stehende Depression hat sich weiter ausgedehnt, ist etwas nach Südosten gezogen und steht augenblicklich über dem Meerbusen von Biscaya. Das ziemlich starke Hochdruckgebiet, über Polen, dem Baltischen Meere und Skandinavien lagernd, flacht langsam ab.

Voraussichtliches Wetter für den 25. Januar: Zunahme der Bewölkung, stellenweise leichte Schneefälle; langsames Steigen der Temperatur; ziemlich starke östliche, später südöstliche Winde.

Starker Frost und Schneefälle. Da schon einige Tage ein ziemlich starkes Hochdruckgebiet über Ost-, Nord- und Mitteleuropa lagert, sind die Temperaturen ziemlich tief gefallen. Den tiefsten Temperaturstand in Polen hatten in den letzten Tagen Krakau, Lemberg und Pinsk mit 23 Grad Kälte. Sogar in Norditalien, was selten vorkommt, ist die Temperatur bis unter 0 gefallen. Starker Schneefall, wie er schon seit mehr als 20 Jahren nicht vorgekommen ist, wird aus der Schweiz gemeldet.

Rechter Einkauf

macedonischer Edeltabake

Rechte Mischung

von Sorten, deren Eigenschaften sich ergänzen

Rechte Behandlung

bei der Verarbeitung.

Diese drei Punkte sagen Ihnen, warum unsere Zigaretten selbst dem anspruchsvollsten Kenner so vorzüglich munden. Rauchen Sie vor allem unsere Marken

mit Mundstück		ohne Mundstück	
Drosma	9,— Mk. p. Stück	Xam rund	14,— Mk. p. Stück
Dubec extra		Dubec d'or 12 flach	14,— „ „ „
Dessert	8,— „ „ „	Esculape rund	12,— „ „ „
Baronesse		Dubec d'or 4 flach	9,— „ „ „
Dubec 100	7,— „ „ „		
Dubec 15	6,— „ „ „		
Doktorskie	4,— „ „ „		

Zigaretten-Fabrik **„DUBEC" M. DROSTE**

Poznań, ul. Bukowska 27.

Gegründet im Jahre 1891. Gegründet im Jahre 1891.

Statt Karten.

Hilde Radziminski
Heiner Herrmann
Verlobte [4912

Poznań zurzeit Mannheim — Ottweiler Saar

Heute nachmittag 6½ Uhr starb nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden mein geliebter Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel

Siegfried Ziegel

im 63. Lebensjahre.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Frau Minna Ziegel, geb. Moses.

Wągrówiec, den 21. Januar 1922.

Die Beerdigung fand am Dienstag nachmittag statt. [4964

Posener Tiefbrunnen-Baugesch. und Pumpenfabrik, Poznań,
Traugutta 6, Tel. 1568, **liefert erstklassige Arbeiten.**

Meiner geehrten Kundschaft zur Kenntnis, dass ich mein Geschäft von Tama Garbarska 2 nach

Małe Garbary 5

verlegt habe. [4886

Bernh. Keiler,

Inh. J. Radziejewski,
Telephon 5537. Fellhandlung. Telephon 5537.

Gebe ab, da keine Verwendung:

**Repetierpirschbüchse mit Fernrohr,
Repetierpirschstutzen,
Browning-Flinte, Kaliber 16,
Stichelhaarhündin, 2. Feld,
Herrengehpelz.**

Offerten unter **L. E. 4963** an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Bender-Abend

Sonnabend, den 28. Januar 1922, im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses.

Mitwirkende:

Karl Bender vom Deutschen Theater, Berlin,
Isa v. Witelli, Berliner Staatsoper,
Dr. Hans Bauermeister, Kapellmstr. v. Deutsch. Opernhaus, Berlin.

Anfang 8 Uhr.

Vorverkauf bei **Górski (Bote & Bock).**
Preise der Plätze von **200—690** Mark inkl. Steuer. [4976

Brennholzverkauf.

Gesunde Kiefern-, Birken- und Erlenkloben (eingeschlagen Sommer und Herbst 1921) offeriert waggonweise zur sofortigen Lieferung frei Waggon Vollbahnstation Stawiany (Eisenbahnstrecke Gniezno—Skoki). [4939

Die Forstverwaltung der Herrschaft Stawiany bei Rosewiec.

Brennholzverkauf
am Dienstag, d. 31. Januar, vorm. 10 Uhr
bei der Baracke. [4946

Die Forstverwaltung Wierzonka.
Gerlach.

Holzhausbauten für Flüchtlinge,

Holz-Wohnhäuser, Ställe, Schuppen, Scheunen, Hallen, auch ohne Säulen, und sonstige Bauten für jeden Zweck werden schnell, preiswert und schlüsselfertig geliefert und aufgestellt, ganz beliebig an welchem Ort. Mit entsprechenden Offerten stehen gern zu Diensten. [4969

Kühnel & Mechler, Carl Meißner's Nachfolger,
Spezialgeschäft für Holzhausbauten, Baugeschäft und Kistenfabrik,
Kauscha O.-L.

Kino Colosseum
św. Marcin 65.

**Vom 24.—30. 1.:
In den Klauen der Fanatiker!**
2. abgeschl. Serie in 6 Akt. d. größt. Sensationsdramas der Saison
Die Dollarkönigin.
Achtung! Obwohl j. Serie ein abgeschl. Ganzes bildet, widerholen wir im 1. Akt den Text d. vor. Serie.
Täglich von 4—6 Jugend-Vorstellg. zu ermäß. Preisen.
Saal gut geheizt.

Repariere fachm. sorgf. u. präz. phot. Apparate, Grammophone, sow. sämtl. mech. u. opt. Instrumente. **Jersitz, ul. Mączna 11** r. Ecke Festungstr.

Spielplan des „TEATR WIELKI" m. Poznania

Dienstag,	den 24. 1. 22 um 7½ Uhr: **„Lakme"**, Oper von L. Delibes.
Mittwoch,	den 25. 1. 22 um 7½ Uhr: **„Rigoletto"**, Oper von J. Verdi.
Freitag,	den 27. 1. 22 um 7½ Uhr: **„Troubadur"**, Oper von J. Verdi. (Premiere).
Sonnabend,	den 28. 1. 22 um 7½ Uhr: **„Tosca"**, Oper von Puccini.
Sonntag,	den 29. 1. 22 um 3 Uhr nachm.: **„Traviata"**, Oper von J. Verdi.
Sonntag,	den 29. 1. 22 um 7½ Uhr abends: **„Troubadur"**, Oper von J. Verdi.

Klein. Fabrik-Grundstück

zu kaufen gesucht.

Off. u. **T. B. 4884** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erb.

Wohnungstausch Dresden-Poznań.

Herrschaftliche 7-Zimmer-Wohnung, reichlicher Zubehör, Zentrum Dresdens, gegen ebensolche oder größere, möglichst Zentrum Posens, zu vertauschen. Angebote an [4962

S. Robiński, Poznań, ulica Szewska 19, II.

Pałacowy Teatr
plac Wolności Nr. 6.

Der Tanz a. d. Vulkan.
Heute 2. Serie unter dem Titel:
Das unschuldige Opfer.
Der tiefe Inhalt dieses Bildes u. das hervorragende Spiel d. dänischen Künster hinterläßt a. d. Besucher einen stark. Eindruck.

Intell. jg. Mann, 28 J. alt, Geschäftsleiter gr. Unternehmens, sucht die Bekanntschaft einer jg. Dame zwecks

Heirat.

Einheiraten in eine Landwirtschaft erwünscht, junge Witwe nicht ausgeschlossen. Zuschriften m. Bild, das zurückgesandt wird, u. **W. M. 4963** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Kleines (MB3913

Fabrik-Grundstück,

ca. 450 qm helle Arbeits- u. Lagerräume nahe Bahn u. Wasser. Wohn. läßt sich leicht ausbauen, zu verkaufen.
Wiesener & Foerster, Frankfurt a. O., Kietzergasse 8.



Wohnungstausch Berlin-Poznań
Gr. 2 fenstrige Stube, Küche, Korridor usw. in Berlin SW. gegen 2 Zimm.-Wohn., Küche usw. (mögl. Zentrum) in Poznań zu vertauschen. Zu erfr. bei **Błaszczak, Długa 5 II.**

Das Danina-Gesetz.

(Gesetz vom 16. Dezember 1921 über die Erhebung einer außerordentlichen staatlichen Abgabe.)

(Fortsetzung.)

Allgemeine Vorschriften.

Art. 26 betrifft Ersatz der Kosten an die Gemeinden.

Art. 27 betrifft Pflichten der Gemeindebehörden und der Personen, die das Vermögen von juristischen Personen verwalten. Sie sind verantwortlich für strenge und fristgemäße Ausübung der Pflichten, die ihnen auf Grund dieses Gesetzes und der dazu herausgegebenen Verfügungen auferlegt sind.

Art. 28. Wer sich ohne berechtigten Grund der Überschreitung seiner Pflichten schuldig macht, die in Art. 27 genannt sind, wird mit Geldstrafe bis zu einer Million und Arrest bis zu drei Monaten oder einer dieser Strafen bestraft, im früher preußischen Anteil jedoch mit Geldstrafe bis zu einer Million und mit Haft oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit einer dieser Strafen.

Die Geldstrafe wird für den Fall der Unmöglichkeit der Beitreibung durch Freiheitsstrafe für die Zeit bis zu sechs Monaten ersetzt.

Zur Entscheidung sind die Friedensgerichte (Kreisgerichte) auf Antrag der Finanzbehörde berufen.

An Stelle durch die Gerichte kann die Auferlegung von Strafen auch durch die Verwaltungsbehörden erfolgen. Gegen die Strafentscheidung im Verwaltungswege ist Berufung an die Verwaltungsbehörde zweiter Instanz im Verlaufe von 14 Tagen, zählend von dem Tage an möglich, der der Aushändigung des Bescheides folgt mit Berücksichtigung des Postlaufes, gegen ihre Entscheidung jedoch in derselben Frist an das zuständige Landgericht, welches die Angelegenheit endgültig unter entsprechender Anwendung der Vorschriften entscheidet, welche für Berufung gegen Urteile der Friedensgerichte (Kreisgerichte) gelten.

Die Berufung an die Verwaltungsbehörde zweiter Instanz und an das Gericht hemmen nicht die Ausführung der Strafe, mit Ausnahme der Freiheitsberaubung. Die Ausführung der Freiheitsstrafe steht den Friedensgerichten (Kreisgerichten) zu, denen die Verwaltungsbehörde für diese Zwecke die Akten zusendet.

In dem früher preußischen Anteil werden die Vorschriften der §§ 453—458 des Gesetzes über das gerichtliche Strafverfahren mit der Abweichung angewandt, daß die Strafen von der Verwaltungsbehörde erster Instanz in den Grenzen des Abs. 1 dieses Artikels verhängt werden. Der Strafbescheid ist sofort vollstreckbar, mit Ausnahme einer Freiheitsstrafe, und verliert seine Rechtskraft mit dem Augenblicke der gerichtlichen Entscheidung. Die Rückgabe einer vorher eingezogenen Geldstrafe kann im Falle einer andersartigen Gerichtsentscheidung erst nach deren Rechtskraft erfolgen.

Art. 29. Die in Art. 13 bestimmte Behörde kann unabhängig von der Auferlegung der Strafe auf Grund des Art. 28 anordnen, daß die Pflichten, welche der Gemeindevorstand vernachlässigte, auf Kosten der Gemeinde durch andere Personen ausgeübt werden.

Art. 30. Die Eigentümer von städtischen Grundstücken oder ihre Vertreter müssen im Verlauf von 20 Tagen nach der Einhändigung der Zählerformulare an den Magistrat diesem Listen der Mieter in zwei Exemplaren einliefern, und zwar unter Androhung der Folgen, die in Art. 28 erwähnt werden und unter Anwendung der Art des Verfahrens, die in diesem Artikel vorgesehen ist, mit der Abweichung, daß zur Verhängung der Strafe an Stelle der Verwaltungsbehörden die Finanzbehörden erster und zweiter Instanz berufen sind. Gegen die Entscheidung dieser Behörden ist Berufung an die Bezirksgerichte zulässig. Zugleich werden analog die Vorschriften des Art. 29 angewandt.

Den in Art. 28 vorgesehenen Strafen unterliegt auch jeder, der in obigen Listen unwahre Mitteilungen macht, wobei betreffs der Zuständigkeit der Behörden, die die Strafen verhängen, die Bestimmungen des 1. Absatzes dieses Artikels angewandt werden.

Art. 31. Alle staatlichen Behörden und Ämter unter Einschluß der Militärbehörden und der Selbstverwaltungsbehörden, ebenso ihre ausführenden Organe sind verpflichtet, den Finanzbehörden und Erhebungsorganen Hilfe bei der Erhebung und Einziehung der Steuer zu leisten. Die der Vernachlässigung dieser Pflicht Schuldigen sind, soweit nicht die Vorschrift des Art. 28 anzuwenden ist, gemäß den allgemein gültigen Organisationsvorschriften bzw. Dienstvorschriften verantwortlich.

Sicherung.

Art. 32. Die gesamte Summe, die dem Staatsschatze von jedem Zahler auf Grund der Abgabepflicht gebührt (Art. 2), genießt das gesetzliche Vorrecht der Befriedigung aus dem gesamten beweglichen Vermögen des Zahlers vor allen Privilegien und Belastungen. Diese Summe kann sofort nach Ausführung der Berechnung gesichert werden.

Art. 33 Die Summe der Abgaben, die auf Grund des vielfachen Steuerbetrages (Art. 4 und 5) berechnet wird, genießt das gesetzliche Vorrecht der Befriedigung aus dem Grundstücke, das mit der Staatssteuer belastet ist, vor allen Privilegien und Lasten.

Obiges Vorrecht kommt in gleicher Weise der Abgabe zu, die auf juristische Personen entfällt, die in Art. 2, Teil II genannt sind, in bezug auf Grundstücke, die Eigentum dieser Personen sind, ebenso der Abgabe, die auf in Art. 2, Teil VII genannte Personen entfällt, in bezug auf Grundstücke, die den Zwecken der Unternehmung in Art. 12 dienen, sowie in bezug auf dingliche Rechte, die mit diesen Unternehmen verbunden sind.

III. Teil.

Verantwortlichkeit.

Art. 34. Wenn die Formalitäten der Umschreibung des Eigentumstitels bei Grundstücken oder der besonderen Berechnung der Steuer aus irgend welchen Gründen nicht durchgeführt worden sind, dann bezahlt die Abgabe die Person, die tatsächlich Besitzer des Grundstückes am Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes ist.

Art. 35. Der Pächter oder Nutznießer eines ländlichen Grundstückes, der auf ihm eigenes Inventar besitzt, bezahlt von der Abgabe, die für dieses Grundstück berechnet wird, a) 50 Proz., soweit sich die Pacht bzw. die Nutzung auf einen Rechtstitel stützt, der vor dem Jahre 1916 entstanden ist; b) 40 Proz., soweit die Pacht bzw. die Nutzung sich auf einen Rechtstitel stützt, der vor dem Jahre 1920 entstanden ist; c) 30 Proz., soweit der Rechtstitel im Jahre 1920 entstanden ist und der Pachtzins vornehmlich in bar und nicht in Getreide bestimmt ist; d) 20 Proz., soweit der Rechtstitel im Jahre 1921 entstanden ist, wie auch gleicherweise in dem Falle, wenn der Rechtstitel vor diesem Jahre entstanden ist, aber der Zins vornehmlich in Getreide vereinbart ist. Den Rest der Abgabe in obigen Fällen zahlt der Eigentümer des ländlichen Grundstückes, soweit jedoch der Eigentümer im Sinne des Art. 52 einen Teil seines Grundstückes verkauft, findet Art. 35 keine Anwendung.

Die in dem ersten Teile dieses Artikels erwähnten Pflichten der Pächter bzw. Nutznießer gelten gleichfalls für haftende Administratoren, auch wenn sie nicht auf dem Grundstücke eigenes Inventar besitzen. Alle entgegen den obigen Vorschriften vereinbarte Bedingungen in besonderen Verträgen haben keine Bedeutung.

Erleichterungen.

Art. 36. Die Multiplikatoren, die in Art. 4 C a aufgestellt sind, ermäßigen sich für die Kreise, die durch Kriegsverwüstungen beschädigt sind, auf die Normen, die in der Anlage Nr. IV vorgesehen sind.

Art. 37. Den Zahlern der Abgabe, welche in Art. 2, Teil C a genannt sind und die von dem besessenen Grundstück eine Grundsteuer in den Grenzen der Quoten bezahlen, welche in der Anlage V aufgeführt sind, werden von den auf sie entfallenden Beträgen der Abgabe (Art. 4 und 36) die prozentualen Erleichterungen abgezogen, die in dem Teile I dieser Anlage vorgesehen sind.

Den Zahlern der Abgabe, die auf Grund des Art. 6 dieses Gesetzes berechnet wird, werden von den auf sie entfallenden Quoten der Abgabe die prozentualen Erleichterungen abgezogen, die im Teil II der besagten Tabelle vorgesehen sind.

Art. 38. Als individuelle Erleichterungen und Befreiungen von der Abgabe werden bestimmt:

1. für die Zahler der Grundsteuer (Art. 2, I C a und Art. 6), die besonders durch Kriegsverluste betroffen sind, das in der Anlage VI bestimmte Prozent der Gesamtsumme der Abgabe, die auf Grund des Vielfachen der Grundsteuer in dem Kreise berechnet wird;
2. für die Zahler der Grundsteuer (Art. 2, C a und Art. 6) und für Pächter und Nutznießer (Art. 2 III), die durch Schicksalsschläge betroffen sind, 2 Prozent der Gesamtsumme der Abgabe, die von den Zahlern beider obigen Kategorien im Kreise berechnet wird;
3. für Zahler der Grundsteuer (Art. 2 C a) wie auch für die Pächter und Nutznießer (Art. 2 III) in den Kreisen, die auf dem Gebiete liegen, das dem Appellationsgericht in Lemberg untersteht, aus Anlaß der Schäden, die im Verlauf von 1918 und 1919 entstanden sind, 3 Prozent der Gesamtsumme der Abgabe, welche auf diesem Gebiet auf die Zahler beider obigen Kategorien entfällt;
4. für Zahler, die in dem Art. 2 I C c, II und VII genannt sind, 15 Prozent der Gesamtsumme der Abgabe, die in dem Veranlagungsbezirk auf jede der beiden oben bezeichneten Gruppen der Zahler entfällt;
5. für die Zahler, die in Art. 2 I, C b, V und VI, erwähnt sind, 10 Prozent der allgemeinen Summe der Abgabe, die in dem Veranlagungsbezirk auf jede der oben bezeichneten Gruppen von Zahlern entfällt.

Art. 39. Das Recht zum Genuß der Erleichterungen und Befreiungen in den Grenzen des Kontingentes, das in Art. 38, Punkt 1 vorgesehen ist, haben die Zahler von Grundsteuern (Art. 2 C a und Art. 6), welche weniger als 30 Hektar Grundbesitz haben, sowie ohne Rücksicht auf die Fläche diejenigen Zahler, die in Art. 6 bezeichnet sind, welche auf Grund von Kriegshandlungen größere Kriegsschäden als die durchschnittlichen (Art. 36) im Kreise erlitten haben, sich nicht aufgebaut haben und ihre Wirtschaft nicht wenigstens auf die Hälfte des Vorkriegsstandes gebracht haben, soweit Grundstücke, die im Eigentum von polnischen Staatsbürgern stehen, aus Anlaß der Unmöglichkeit der Rückkehr des Eigentümers in das Inland brach liegen, oder wenn sich die Wirtschaft in einer so schwierigen Lage befindet, daß die Bezahlung der Abgabe sie mit dem Ruin bedroht, dann kann ein Bürgerausschuß (Art. 49) gänzliche Befreiung von der Abgabe erteilen.

Art. 40. Das Recht zum Genuß der Erleichterungen und Befreiungen in den Grenzen des in Art. 38, Punkt 2 vorgesehenen Kontingentes haben die Abgebrannten ohne Rücksicht auf die Fläche des besessenen Grund und Bodens sowie die Eigentümer von Landwirtschaften unter 30 Hektar, deren Stand aus Anlaß des vorgeschrittenen Lebensalters des Eigentümers, des Todes des Hauptwirtschafters, der lang andauernden Krankheit der erwachsenen Familienmitglieder, der allbekannten Not des Eigentümers usw. in außergewöhnlichem Grade vernachlässigt ist, und in den östlichen Wojewodschaften des Staates alle Ansiedler ohne Rücksicht auf die in diesem Artikel vorgesehenen Qualifikationen.

Art. 41. Die Bürgerausschüsse (Art. 40) sind in den Grenzen des in Art. 38 vorgesehenen Kontingentes verpflichtet, die Abgabe auf die Hälfte zu ermäßigen, welche auf die Zahler, die in Art. 2, Teil I C a und Art. 6 erwähnt sind, entfällt, welche tatsächliche Eigentümer der aus der Regierungsparzellierung neu erworbenen Ansiedlungen sind, soweit sie durch das Landamt zu der Kategorie derjenigen qualifiziert sind, welche in dem laufenden Jahre nicht imstande sind, mehr zu zahlen als 20 Prozent der Schätzungssumme des gekauften Grundstückes.

Art. 42. Die Bürgerausschüsse setzen auf Grundlage der ihnen eingereichten Anträge der Gemeinderäte bzw. der Versammlungen fest, in welchem Verhältnis die Kontingente der Erleichterungen, die in Art. 38, Punkt 1 und 2 vorgesehen sind, unter die einzelnen Gemeinden verteilt werden sollen.

Die Bezeichnung der Höhe der Erleichterungen für die individuellen Zahler in der Gemeinde bzw. im Dorfe gebührt auf dem Gebiete des früher österreichischen und preußischen Anteils dem Gemeinderat und auf dem Gebiete des früher russischen Anteils den Gemeindevorständen unter Teilnahme der Vertreter der Gemeindeversammlung.

Das Kontingent der Erleichterungen, die in Art. 38, Punkt 3 vorgesehen sind, verteilen die Bürgerausschüsse unmittelbar unter die Geschädigten.

(Fortsetzung folgt.)

Posener Wochenbriefe.

III.

Posen, den 22. Januar 1922.

In meinem ersten Brief erzählte ich Ihnen, meine sehr verehrte Freundin, von den Mysterienspielen, die die Spielgemeinde Marowsky im Saal des Evangelischen Vereinshauses hier in Posen zur Aufführung brachte. Gegenwärtig bereist diese Spielgemeinde die Provinz und erwirbt sich ein wirklich großes kulturelles Verdienst dadurch, daß sie auch der Landbevölkerung und der Bevölkerung der kleinen Städte gute volkstümliche deutsche Kunst in farbenfrohem Gewande bringt. Eine Reihe von Städten haben die Marowskyleute schon besucht — aus Rogasen, Obornik, Wreschen, Gnesen, Schroda liegen mir Berichte vor — und überall hat ihre Kunst freudigen Dank geweckt. Sie spielten teils, wie hier in Posen, die Mysterien, teils einige der lustigsten Schwänke von Hans Sachs, deren Lustigkeit sie — wie ich an einem Ort mich zu überzeugen Gelegenheit hatte — in Wort, Mienenspiel, Bewegungen und Aufputz trefflich zur Geltung brachten. Die Mysterienspiele wurden an einigen Orten so gespielt, wie sie ursprünglich gedacht waren, d. h. in der Kirche; die Wirkung soll sehr groß gewesen sein.

Gnesen benützte das Gastspiel der Marowskyleute zu einer deutschen Veranstaltung größeren Stils. Der abendlichen Theatervorstellung (es gab vier Sachs-Schwänke: „Der fahrende Schüler im Paradies", „Der Roßdieb zu Fünsing", „Das Kälberbrüten" und „Der gestohlene Schinken") ging am Nachmittag der Vortrag eines Posener Herrn voraus, der über „Ausland und Heimat" sprach und auf Grund der Lehren der Vergangenheit und der Erfahrungen anderer Auslandsdeutschen die Mittel zu zeigen versuchte, mit denen wir uns das Ausland zur Heimat machen können. Auf Vortrag und Theater, die beide sehr stark besucht waren, folgte ein geselliges Beisammensein mit Tanz, und die ganze Veranstaltung trug wirklich den Charakter einer festlichen Zusammenkunft der Deutschen jener Gegend, einer behaglichen Erholungs- und Besinnungspause in dem nicht immer sehr reizvollen Reigen der Tage der Gegenwart.

Sie möchten wissen, verehrte Freundin, wovon man in Posen spricht? Offen gesagt: von nichts. Wovon soll man sprechen? Die Option ist vorüber, über die wahnsinnigen Preise zu sprechen, macht keinen Spaß mehr, und was sonst etwa noch als Gesprächsstoff in der Luft liegt, macht noch viel weniger Spaß. Übrigens — eine kleine Randbemerkung: merkwürdig, daß die unangenehmsten Dinge jetzt besonders wohlklingende Namen haben, die wie südländische Mädchennamen klingen und aus Lauten bestehen, aus denen man etwas vom sonnigen Himmel Italiens, von leuchtend blauen Wasserflächen und von blitzenden Augen schöner Frauen heraushören könnte, — wenn man nicht wüßte, daß hinter diesen schönen Lauten etwas ganz anderes steckt. Denken Sie mal: Valuta! Danina! Die Danina hat es mir — als Klang — besonders angetan. Sie schmilzt förmlich auf der Zunge (was hoffentlich kein Omen für die Sache ist) und schreit geradezu nach Reim, Rhythmus und Vertonung.

Einen Gesprächsstoff bot die jetzt zu Ende gegangene Woche übrigens doch. Das war die erste Sitzung der neuen Stadtverordnetenversammlung, deren Verlauf ahnen ließ, wie starke Parteigegensätze diese Körperschaft in ihrer jetzigen Zusammensetzung in sich birgt und wie hier unter Umständen einmal die Geister aufeinanderplatzen können. Davon also sprach man einige Tage. Dann aber versank man wieder in die müde Stumpfheit, die gegenwärtig — so will es mir wenigstens vorkommen — über uns allen hier mehr oder weniger liegt. Sollte diese Stimmung auch aus meinem Brief herauszuhören sein, dann wollen Sie den Verfasser gütigst als ein Opfer seiner Zeit und seiner Umgebung ansehen, und haben Sie Mitleid

mit Ihrem Sie gehorsamst grüßenden

alten Posener Freund.

*

Nachdem ich diesen Brief fertig geschrieben hatte, erhielt ich Ihre Antwort auf meinen ersten Wochenbrief, und gerecht, wie ich bin, will ich die Mitleser der Wochenbriefe auch an den Antworten (Mehrzahl! Denn es wird hoffentlich nicht die einzige sein) teilnehmen lassen. Geteilte Freude ist bekanntlich doppelte Freude. Eine wievielmal verdoppelte Freude muß dann wohl eine Freude sein, die man mit Tausenden teilt!

Nun folgt also Ihr Brief (er trägt das Datum des 16. Januar):

Lieber Freund!

Endlich denkt jemand auch an die abgewanderten Posener und müht sich, eine besondere Möglichkeit zu schaffen, daß wir — wenn auch durch die Tücke der Grenze und die Laune der Post verzögert — noch an dem Posener deutschen Leben teilnehmen können. Herzlichen Dank darum für Ihren wertvollen Wochenbrief! Ich habe mich sehr über ihn gefreut. Alles, was in Posen geschieht, interessiert mich ja so sehr, meine Gedanken sind viel in der geliebten alten Heimat, und eine heiße Sehnsucht fliegt immer wieder zu ihr hinüber und — muß umkehren. Ich habe in tiefer Trauer die Tage der Option mit durchlebt und mit den armen Heimatlosen gefühlt, aber es hat mich auch mit großer, inniger Freude erfüllt, was Sie mir von dem letzten großen künstlerischen Ereignis, der Aufführung der Mysterienspiele, schrieben.

Ich glaube, es ist für das Innenleben der Posener ganz gut, wenn sie „zur Stillung ihres Durstes nach künstlerischen Genüssen auf Oasen angewiesen sind". Sie lernen das Gebotene viel mehr schätzen und verarbeiten es innerlich viel besser. Wäre es anders, würden vielleicht auch die Mysterienspiele nicht die Beachtung finden, die sie jetzt mit Recht gefunden haben. Diese Spiele sind ja nicht eigentlich Kunstwerke, die ein einzelner geschaffen hat, sondern eine ganze Zeit, das religiöse Empfinden eines ganzen Volkes hat sie erzeugt. In dem Spiel vom Sündenfall und vom Bischof Teophilus spiegelt sich die schlichte, naive Denkart des einfachen Mannes, der sich alle die Seelenvorgänge, die unserer Zeit so kompliziert erscheinen, in so einfacher, rührend kindlicher Weise veranschaulicht. Daß diese Spiele solchen Beifall fanden, ist bezeichnend. Man erkennt hier das Streben, zur Naivität, zur Schlichtheit zurückzugelangen, das sich ja auch auf andern Gebieten bemerkbar macht.

Sie haben wohl von dem großen Erfolg gehört, den Max Reinhardt hatte, als er vor 1½ Jahren im Zirkus Busch das alte Spiel von Jedermann aufführte. Ich habe es vorigen Winter im Breslauer Lobetheater gesehen und muß bekennen, daß es die gewaltigste Bußpredigt ist, die ich je gehört habe. Ich glaube auch, daß niemand von den Zuhörern sich ganz dem starken Eindruck entziehen konnte. Das gerade finde ich so herrlich an den Mysterienspielen, daß sie nicht nur eine große geschichtliche Bedeutung haben, sondern daß sie jedem, sei es, wer es sei, ans Herz greifen, daß sie nicht auf ein Individuum oder auf eine Menschenklasse eingestellt sind, sondern daß sie den Menschen in all seiner Jämmerlichkeit, in all seiner Schwachheit zeichnen, daß sie klar und scharf umrissen, Sünde, Laster und Gewissensangst wiedergeben, es mit keinem Worte beschönigen oder bemänteln. Und doch entbehrt dieser Realismus nicht der Schönheit, er wirkt groß und erhaben. Wünschen Sie nicht auch mit mir, daß diese Mysterien- und Volksspiele mehr und mehr Eingang finden in alle Kreise, daß das Volk das Erbe seiner Väter wieder erwirbt, um es unverlierbar zu besitzen? Sie wissen wohl, daß sich hier in Deutschland schon manche solche Spielgemeinden, wie sie die Marowskysche ist, gebildet haben. Die bedeutendste und beste ist wohl die Haas-Berkowtruppe, die ich auch gesehen habe. Ihre Spiele gaben mir ureigenstes künstlerisches und religiöses Erleben, ich ließ sie ohne jede Kritik als einheitliches Ganzes auf mich wirken, ich war nicht Zuschauer und objektiver Beurteiler, sondern meine Seele wanderte mit durch Himmel, Erde und Hölle. Vielleicht belächeln Sie mich, lieber Freund, als zu große Enthusiastin und sagen, daß bei der Weiblichkeit das Gefühl doch immer gleich zu sehr die Oberhand gewinnt. Da will ich Sie an etwas aus der Literaturgeschichte erinnern. Sie wissen es sicher, daß der Landgraf von Thüringen, Friedrich mit der gebissenen Wange, vom Schlage gerührt wurde, als er das Spiel von den törichten Jungfrauen sah und das Donnerwort „Zu spät" gleichwie aus der Ewigkeit vernahm. Wissen Sie, was mein großer Wunsch ist? Daß diese Kunst wieder Eingang auch in die Kirche und ihre Kreise findet. Auch unsere kirchlichen Vereine würden gut tun, sich diese Spiele zu eigen zu machen. Es tut mir leid, sagen zu müssen, daß oft, nicht immer, aber oft, in ihren künstlerischen Bestrebungen von Kunst herzlich wenig zu spüren ist. Haben Sie vielleicht mal einen Jungmädchenverein auf dem Lande ein Festspiel aufführen sehen, in griechischen Gewändern, wundervollen Dekorationen usw.? Bei aller Anerkennung des guten Willens hat es auf mich immer ziemlich lächerlich gewirkt. Oder finden Sie die tendenziösen Stücke schön, in denen sämtliche Vereine, einschließlich Kindergottesdienst, als Garten Eden angepriesen werden, in dem allein wahres Heil und ewige Seligkeit zu finden ist? Ich hoffe, daß Sie meinen Geschmack auch hierin teilen. Es wäre doch wunderschön, wenn diese Kreise auch in künstlerischer Beziehung zu wirkungsvoller Schlichtheit zurückkehrten. Auch die Schauspielkunst ist in diesen Bühnenwerken eine so viel einfachere, natürlichere; jeder Spieler kann seine Rolle so viel mehr verlebendigen, da er sich ohne weiteres in sie hineinleben kann. Ich glaube wirklich, die Kirche täte gut, wenn sie sich mit dieser Richtung befreundete. Denn nicht alle Spiele stellen wie Theophilus den katholischen Marienkult so in den Mittelpunkt, daß sie für die überwiegend evangelischen Posener Deutschen nur eine geschichtliche Bedeutung behalten. Im allgemeinen sind sie für die Allgemeinheit wertvoll und zeitlos.

Doch nun habe ich Ihnen über diesen Punkt mein ganzes Herz ausgeschüttet. Hoffentlich können Sie mir bald wieder von einer Mysterienspielaufführung in Posen berichten. Und nun grüßen Sie mir die Heimat im Schnee,

von einer,

die gern mal einen Waldspaziergang

in Unterberg machen möchte

*

Antwort auf die Antwort. 1. Dank für die gründliche Ausschüttung des Herzens. Ich hoffe, daß die weiteren Wochenbriefe von Ihnen ebenso eingehend beantwortet werden wie der erste. 2. Eine Bitte, oder vielmehr zwei: a) Schreiben Sie Ihre Antwortbriefe möglichst nur auf einer Seite des Bogens, — Sie erleichtern dadurch ihre Verwendung für die Zeitung (und gegen diese Verwendung haben Sie doch nichts einzuwenden?); b) tun Sie mir den ganz besondern Gefallen und meiden Sie das fürchterliche Wort „Jetztzeit". Ich habe mir erlaubt, es in Ihrem Briefe durch „unsere Zeit" zu ersetzen. Sind Sie mir darum böse? 3. Der Gruß an die Heimat im Schnee ist bestellt worden.

Nochmals

Ihr alter Posener Freund.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 24. Januar.

Arbeiterentlassungen im Eisenbahndirektionsbezirk Posen.

Nach einer „Pat.-Meldung" ist in letzter Zeit im Bereich der Eisenbahndirektion Posen die Zahl der Eisenbahnarbeiter erheblich eingeschränkt worden, abgesehen von den Eisenbahnwerkstätten, wo der Mangel an qualifizierten Arbeitern sich sehr schmerzlich bemerkbar macht. Ein Grund für diese Arbeiterentlassungen ist unter anderem das Stocken im Güterverkehr.

× Die nächste Stadtverordneten-Sitzung findet morgen, Mittwoch, 6 Uhr, mit folgender Tagesordnung statt:

Wahlen und persönliche Angelegenheiten, Gültigkeitserklärung der letzten Stadtverordnetenwahlen, Angelegenheit der Posener Messe, Antrag des Drogistenverbandes über Öffnung und Schließung der Läden, Änderungen von Straßennamen, Verstärkung verschiedener Titel der Bauverwaltung und anderer Verwaltungszweige.

× Zur Warnung. In letzter Zeit erschienen mehrfach in den Wohnungen von Mietern angebliche Monteure, die behaupteten, von den Hauswirten zur Besichtigung der Gasrohre bzw. der elektrischen Leitungen geschickt zu sein. Sie benutzten dann die Gelegenheit, um verschiedene Gegenstände und Sachen zu stehlen. Deshalb sei vor diesen Pseudomonteuren gewarnt!

Herabsetzung der Spiritussteuer. Amtlich wird gemeldet: Das seit einigen Tagen in Warschau und in der Provinz kreisende Gerücht von der Absicht einer Herabsetzung der Spiritussteuer seitens des Ministeriums ist völlig grundlos. Das Ministerium trägt sich durchaus nicht mit diesem Gedanken.

× Einbruchs- und sonstige Diebstähle. In der Nacht zum Montag sind aus dem Warenlager der Hurtownia Wielkopolska in der ul. Kozia 19 (fr. Ziegenstr.) 16 Meter schwarzes Tuch, 24 Meter schwarzes Kammgarn, 21 Meter graues Tuch, 36 Meter Schürzenstoff, 68 Meter Bettlakenstoff, 128 Meter weißer Drillich und 100 Meter weißer Stoff im Gesamtwert von 855 000 Mark durch Einbruch gestohlen worden. — Sonntags abends gegen 10 Uhr wurden aus dem Korridor einer Wohnung in der ul. Franciszka Ratajczaka 16 (fr. Ritterstr.) drei Ueberzieher und ein schwarzer Pelz mit Krimmerkragen im Gesamtwerte von 200 000 M. gestohlen. — Aus einem militärischen Vorratslager in der ul. Artyleryjska (fr. Artilleriestr.) wurden über 17 000 Schachteln Streichhölzer im Werte von 94 000 M. gestohlen. — Aus der Gastwirtschaft ul. Wjazdowa 9 (fr. Am Berliner Tor) wurde ein rot gestrichenes Fahrrad, Marke „Brown", Nr. 21 601 im Werte von 150 000 M. gestohlen. — Von einem Hofe der ul. Gen. Kosińskiego (fr. Bücherstr.) wurde ein grüner Wagen mit roten Rädern und Patentachsen im Werte von 100 000 M. gestohlen.

* **Inowrocław** 24. Januar. Wegen **zahlreicher Erkrankungen an Grippe** sowohl im Lehrerkollegium als auch unter den Schülern muß der **Unterricht** in der deutschen höheren Privatschule (Müllersches Lyzeum) bis zum Schluß dieser Woche **ausgesetzt** werden.

* **Thorn.** 21. Januar. Ein **größerer Brand** brach heute in der frühen Nacht in dem fünfstöckigen Silbermannschen Hause Żeglarska 8 anscheinend im 5. Stock aus und dehnte sich bis in den 3. Stock hinein aus. Der Dachstuhl brannte ganz aus, und der oberste Teil des Treppengeländers mußte wegen Einsturzgefahr abgetragen werden.

* **Schwetz,** 23. Januar. Zu dem **achtfachen Raubmord,** über den schon kurz berichtet wurde, ist noch folgendes zu melden: In der Nacht zum Freitag ist in Bramke, Kr. Schwetz, der **Ansiedler Jentz** (nicht Emil, wie in der ersten Meldung irrtümlich angegeben wurde), seine Ehefrau, deren Eltern und vier Kinder durch Axthiebe ermordet worden. Die Wohnung ist durchwühlt, Spinde und Möbel sind zerschlagen und ausgeraubt worden. Als Täter kommen drei Männer, ein älterer und zwei jüngere, in Betracht, die als Käufer des Grundstücks aus der Gegend von Rosenberg auftraten und bei den Ermordeten übernachten wollten. Ein Nachbar des Ermordeten ist bis 10 Uhr bei den Kaufverhandlungen zugegen gewesen. Um etwa 11 Uhr muß der Mord geschehen sein, da die Uhr um diese Zeit stehen geblieben ist, die von ihrem Platze gerückt war, weil die Raubmörder wohl hinter ihr Wertsachen vermuteten. Mit zwei Pferden und Wagen sind die Mörder geflüchtet. Am Sonnabend wurden Pferde und Wagen in Schirotzken aufgegriffen. Die Mörder müssen sich stark mit Blut besudelt haben, da die Wände weithin Blutspritzer zeigen. Dem Vernehmen nach sollen schon **zwei der Täter festgenommen** sein.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

A. Sch in N. Uns ist von Ihrer Anfrage nichts bekannt; wir bitten Sie, diese zu wiederholen.

F. N. in D. Sie sind Pole und nicht Reichsdeutscher; letzteres könnten Sie nur geworden sein, wenn Sie naturalisiert wären.

G. F. in K. 1. Es handelt sich dabei um ein ganz grundloses, törichtes Geschwätz. 2. Nach Art. 91 Absatz 8 des Versailler Friedensvertrages darf jeder Optant sein gesamtes bewegliches Vermögen zollfrei in das Land mitnehmen, für das er optiert hat.

S. G. in K. 1. Wenn Sie sächsischer Staatsangehöriger sind, dann sind Sie eben Reichsdeutscher. 2. 1 200 M. in deutschem Gelde.

W. H. in G. Sie gelten als Reichsdeutscher, und Ihr Besitztum ist somit liquidierbar.

Z. in S. Ein besonderes **preußisches** Landesgesetz nach Artikel 124 des Bürgerlichen Gesetzbuchs über Anlagen bzw. Abstände der Bäume und Sträucher vom Nachbargrundstück gibt es nicht. Es kommen mithin dafür die §§ 910 und 923 des B. G.-B. in Frage.

M. C. in Gr. Ihr Grundstück kann nicht liquidiert werden.

C. M. W. Z. Eine Einreisegenehmigung ist auch in Ihrem Falle erforderlich.

W. N. F. Ihre Ansiedlung ist liquidierbar; zur Zahlung der Danina sind Sie unter allen Umständen verpflichtet.

F. Br. Uns ist von der Änderung einer Bestimmung, nach der die Beibringung zweier Bürgen für die Beschaffung eines Auslandspasses nicht mehr genügte, vielmehr eine Kaution von bedeutender Höhe geleistet werden muß, nichts bekannt. Wenden Sie sich unter Darstellung des Sachverhalts an die vorgesetzte Dienstbehörde des Starosten, die Wojewodschaft in Posen.

A. K. in B. Wir bedauern, Ihnen die Frage nach der Umlaufszeit des deutschen Fünf-Mark-Goldstücks nicht beantworten zu können.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Loewenthal; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; Für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.